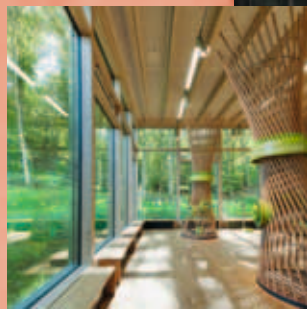


Jahresblick 2014

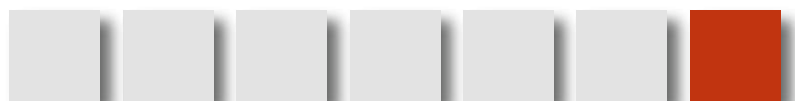


Regierung von Unterfranken



Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
PRÄSIDIUM	
Unterfranken in Bayern (1814 - 2014)	2
Regierungspräsident begrüßte neugewählte unterfränkische Bürgermeister	4
Neue zentrale „GAST“ in Mellrichstadt eröffnet	5
SICHERHEIT, KOMMUNALES UND SOZIALES	
Hilfe für Asylbewerber – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung	6
Zivilmilitärische Zusammenarbeit – eine Standortbestimmung	7
Das Sachgebiet Kommunale Angelegenheiten – ein verlässlicher Förderpartner nicht nur für die unterfränkischen Kommunen	8
„Chance, Bereicherung, Herausforderung“ – Fachtagung Asylbewerber und Flüchtlingskinder in der Kita.....	9
Regierungspräsident heißt erste syrische Kontingentflüchtlinge in Poppenhausen willkommen...	10
WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR	
Regionales Energiegespräch mit Staatsministerin Ilse Aigner	11
Leihausstellung Energiewende in Aschaffenburg eröffnet	12
Fraunhofer Projektgruppe für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie IWKS.....	13
Breitbandausbau in Unterfranken kommt gut voran.....	14
Mehrgenerationenhäuser: Orte, an denen Gemeinschaft entsteht.....	15
PLANUNG UND BAU	
Steigerwald-Zentrum – Nachhaltigkeit erleben.....	16
Bauen für die Polizei.....	17
Verkehrskonferenz an der Regierung von Unterfranken.....	18
Modellhafte Stadt- und Ortssanierung.....	19
Aschaffenburg – gelungene Sanierungen im Wohnungsbestand	20
SCHULEN	
Inklusion im Museum: „Hinkommen, Reinkommen, Klarkommen ...?“	21
Gelungene Beschulung von berufsschulpflichtigen Asylbewerbern und Flüchtlingen in Unterfranken	22
„Mit Kindern für den Frieden“ – Friedensprojekt Schullandheimwerk Unterfranken und Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	24
UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	
Gebietsbetreuer im Naturschutz – ein Erfolgsmodell.....	26
Sanierung einer ehemaligen Hausmülldeponie des Landkreises Würzburg in Ochsenfurt.....	28
„Backen für das Grundwasser“ – Neue Wege der Aktion Grundwasserschutz	29
Abschluss und Auftakt zugleich – UNESCO-Biosphärenreservat Rhön.....	30
GEWERBEAUF SICHTSAMT	
Das Gewerbeaufsichtsamt präsentiert sich auf der Unterfrankenschau in Schweinfurt.....	31
Bayerischer Arbeitsschutztag 2014 – Forum bayerische Gewerbeaufsicht.....	32
Altlast Asbest – gut versteckt	34
Lachgas gegen die Angst beim Zahnarzt	35
ORGANISATIONSPLAN	36
IMPRESSUM	37



Liebe Leserin, lieber Leser,

das Jahr 2014 war für Unterfranken ein ganz besonderes Jahr. Seit 200 Jahren sind Unterfranken und die übrigen Landesteile des Bayerischen Staates nunmehr fest in einem neuen Staatsverband vereint. Anlass genug, nach den Aktivitäten zur 150-Jahr-Feier im Jahre 1964 und zur 175-Jahr-Feier im Jahre 1989 auch im Jahr 2014 diesem bedeutenden historischen Ereignis angemessen Rechnung zu tragen. Über die Aktivitäten im Festjahr berichtet gleich der erste Beitrag in diesem Jahresblick (Seite 2).

2014 fanden in Bayern Kommunalwahlen statt. Rund 100 neue Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nahmen in Unterfranken erstmalig ihren Dienst auf, zu deren Begrüßung ich im Juni in die Regierung eingeladen hatte (Seite 4).

Ein zentrales Thema im Jahr 2014 war für uns sicherlich – wie für andere Bezirksregierungen auch – die Bewältigung des stark gestiegenen Asylbewerberzustroms. Die Neuaufnahme der Asylbewerber hat sich im Verhältnis zum Vorjahr 2013 mehr als verdoppelt; die unterfränkischen Unterbringungskapazitäten mussten entsprechend ausgeweitet werden. Dies war eine große Herausforderung sowohl für die staatlichen Verwaltungen als auch für die Kommunen, aber auch für die vom Flüchtlingszustrom erstmalig oder verstärkt betroffenen Kindertageseinrichtungen und Schulen. Diesem Thema widmen sich daher gleich mehrere Artikel dieses Jahresblicks (Seiten 6, 9, 10 und 22). Mein Dank gilt hier allen Verantwortlichen, besonders auch den kirchlichen Institutionen und den Ehrenamtlichen, die im abgelaufenen Jahr bei der Bewältigung der Asylbewerberunterbringung engagiert mitgeholfen haben. Auch die neue Gebührenabrechnungsstelle in Mellrichstadt (Seite 5) ist in gewisser Weise eine Folge dieser aktuellen Entwicklung.

Die Bewältigung der Energiewende berührt die Aufgaben einer Bezirksregierung vielfältig. Zwei Beiträge (Seiten 11 und 12) behandeln auch in diesem Heft dieses facettenreiche Thema. Auch die demographische Entwicklung stellt unsere Behörde bei zahlreichen Aufgaben vor neue Fragestellungen. Mit der ersten Fachtagung „Mehrgenerationenhäuser“ (Seite 15) haben wir 2014 vor diesem Hintergrund hierzu einen besonderen Akzent gesetzt.

Der Unterfränkische Museumstag fand 2014 zum 30. Mal statt. Anlass genug, sich dieser gelungenen und etablierten gemeinsamen Veranstaltung von Regierung, Bezirk und der Landesstelle für nichtstaatliche Museen einmal mit einem eigenen Beitrag anzunehmen (Seite 21).

Darüber hinaus bietet der Jahresblick 2014 wieder eine Fülle von Themen, vom Breitbandausbau, der zivilmilitärischen Zusammenarbeit, wobei hier im Jahr 2014 nach jahrzehntelanger enger Verbundenheit die



letzten US-amerikanischen Soldaten Unterfranken verlassen haben, über den Straßen-, Hoch- und Städtebau bis hin zu verschiedenen Berichten aus dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes. Beiträge des Gewerbeaufsichtsamtes, welches mittlerweile seit 10 Jahren der Bezirksregierung angehört, etwa zum Bayerischen Arbeitsschutztag 2014, runden den diesjährigen Jahresblick ab.

Der vorliegende Jahresblick 2014 ist damit ein Werk vieler Autorinnen und Autoren. All die Beiträge verdeutlichen das große Aufgabenspektrum einer Bezirksregierung, welches von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, gemäß unserem Motto „Wir arbeiten für Unterfranken“ zum Wohle der unterfränkischen Heimat wahrgenommen wird. Ich hoffe, dass wir auch mit dieser Ausgabe des „Jahresblicks“ Ihr Interesse finden. Für Rückfragen zu den einzelnen Themen stehen Ihnen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter den angegebenen Kontaktdaten auch gerne persönlich zur Verfügung.

Dr. Paul Beinhofer
Regierungspräsident
von Unterfranken

Unterfranken in Bayern (1814 - 2014)

Festjahr zur 200-jährigen Zugehörigkeit Unterfrankens zu Bayern

Historisch betrachtet war 2014 ein ganz besonderes Jahr. Seit rund 200 Jahren sind „Unterfranken“ und die übrigen Landesteile des Bayerischen Staates nunmehr fest in einem neuen Staatsverband vereint.

Zum geschichtlichen Hintergrund

Im Zuge des Niedergangs des (alten) Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, der umwälzenden Ereignisse und Umbrüche der napoleonischen Zeit, damit einhergehend der sich wiederholt ändernden Allianzen der früheren Herrschaftshäuser kam das Großherzogtum Würzburg 1814 durch einen Vertrag Bayerns mit Österreich damals wieder und damit endgültig zu Bayern. Der Vertrag wurde durch die Wiener Schlussakte vom 09.06.1814 bestätigt. Die Bevölkerung des seinerzeitigen Großherzogtums und früheren Hochstifts Würzburg zählte nun zu den Untertanen des bayerischen Königs Max [des] I. Josef und gehörte damit zu dem bereits 1806 entstandenen Königreich Bayern. Ebenfalls bayerisch wurde



am 26. Juni 1814 das Fürstentum Aschaffenburg, das heute dem Gebiet des Bayerischen Untermaines entspricht und bis dato eine eigene historische Entwicklung aufwies. Mit dem Jahr 1814 wurden somit der mainfränkische Raum und der Untermain Teil der gesamt-bayerischen Geschichte. Die neugewonnenen Landesteile erhielten zunächst den Namen „Untermainkreis“ und ab 1838 (also vor gut 176 Jahren) den Namen „Unterfranken und Aschaffenburg“. Die Bezeichnung Unterfranken wurde damit amtlich.



Die neue unterfränkische Gedenkjahrmedaille 1814 - 2014



Foto: Rudi Merkl

Zum Schluss der Festveranstaltung erhielten der Ministerpräsident und die Landtagspräsidentin die ersten Neuprägungen der unterfränkischen Gedenkjahrmedaille mit dem Schriftzug 1814 - 2014 ausgehändigt.

Dieses historische Ereignis angemessen zu würdigen dienten mehrere Projekte und Aktionen, die in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirk Unterfranken, dem Lehrstuhl für Fränkische Landesgeschichte der Universität Würzburg und mit Unterstützung des Amtes für Ländliche Entwicklung Unterfranken sowie des Studios Mainfranken des Bayerischen Rundfunks im Festjahr mit entsprechendem Vorlauf realisiert wurden.

Historischer Atlas „Unterfranken in Bayern 1814 - 2014“

So hat der Bezirk Unterfranken mit fachlicher Begleitung des Lehrstuhls für Fränkische Landesgeschichte der Universität Würzburg (Konzeption und wissenschaftliche Gesamtedaktion Dr. Markus Naser) einen Historischen Atlas „Unterfranken in Bayern 1814 - 2014 – Historischer Atlas zum 200-jährigen Jubiläum“ herausgegeben. Rund 30 namhafte Autoren haben sich zusammengefunden, Unterfrankens politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Geschichte der letzten 200 Jahre auf annähernd 60 Karten und Diagrammen zu dokumentieren und in begleitenden Texten zu erläutern.

Präsentation einer Ausstellung zum vorgeannten Thema

Begleitend zum Historischen Atlas konnte mit technischer Unterstützung des Amtes für Ländliche Entwicklung Unterfranken eine gemeinsame Wanderausstellung von Bezirk, Amt für Ländliche Entwicklung und Regierung realisiert werden. Die Ausstellung bietet auf über 25 Tafeln und zwei Sondertafeln auszugsweise einen Querschnitt durch 200 Jahre unterfränkische Geschichte. Sie wurde im Laufe des Jahres 2014 unterfrankenweit an verschiedenen Ausstellungsorten präsentiert.

Festakt mit Staatsempfang am 21. März 2014 in der Würzburger Neubaukirche

Als Auftakt des Festjahres lud Ministerpräsident Horst Seehofer zu einem Festakt mit anschließendem Staatsempfang am Freitag, dem 21. März 2014, abends in die Würzburger

Neubaukirche ein. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhof hieß hierzu rund 250 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft, von verschiedenen Bildungsträgern und Einrichtungen, der Museen und der unterfränkischen Kreisheimat- und Archivpflege zu Beginn des Festaktes willkommen. 1814 sei der neue, moderne bayerische Staat durch das Hinzukommen des heutigen Unterfrankens geografisch, wirtschaftlich und politisch „vervollständigt“, um nicht zu sagen „vollendet“ worden, so der Regierungspräsident in seinen Begrüßungsworten. Dem stimmte Ministerpräsident Horst Seehofer in seiner Festansprache uneingeschränkt zu. Seit mehr als 200 Jahren sei Unterfranken ein Wegbereiter der Moderne. Unterfranken stehe für Innovation und Zukunftskraft. Es stehe in Bayern großartig da! Auf die fleißigen Menschen in Unterfranken sei Verlass! „Es ist ein Glück in Bayern zu leben und in Unterfranken daheim zu sein“ bilanzierte der Ministerpräsident zusammenfassend.

Nach einem Vortrag von Prof. Dr. Dirk Götschmann zum Thema „Unterfranken 1814 - 2014: zwei Jahrhunderte gesellschaftlichen Wandels und wirtschaftlichen Fortschritts“ überreichte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel gemeinsam mit dem Regierungspräsidenten je ein erstes Exemplar des neuen Historischen Atlases an den Bayerischen Ministerpräsidenten und die Landtagspräsidentin Barbara Stamm. Dem schloss sich in gleicher Weise eine gemeinsame Übergabe der neu aufgelegten unterfränkischen Gedenkjahrmedaille mit der Prägung „1814 - 2014“ an die Landtagspräsidentin und den Ministerpräsidenten an.

Johannes Hardenacke



Foto: Rudi Merkl

Unter den Festgästen: Der Bayerische Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback (links) im Gespräch mit Albrecht Fürst zu Castell-Castell.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1109

E-Mail: pressestelle@reg-ufr.bayern.de

Regierungspräsident begrüßte neugewählte unterfränkische Bürgermeister



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer hieß rund 80 der neugewählten unterfränkischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Großen Sitzungssaal der Regierung von Unterfranken herzlich willkommen.

Sehr viele der 103 im Jahr 2014 neugewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Unterfranken (von insgesamt 305 kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten in Unterfranken) waren am 25. Juni 2014 einer Einladung des Regierungspräsidenten Dr. Paul Beinhofer gefolgt, um sich bei der Regierung von Unterfranken mit den Aufgaben der Behörde vertraut zu machen. Der Regierungspräsident gratulierte den Damen und Herren, die seit 1. Mai 2014 ihr Bürgermeisteramt ausüben, und zeigte sich erfreut über das starke Interesse an dieser Informationsveranstaltung.

Die Bereichsleiter der Regierung stellten den Kommunalpolitikern ihre Arbeit und vor allen Dingen die Anknüpfungspunkte zu den Kommunen vor. Von der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zum kommunalen Finanzausgleich, der Förderung verschiedener kommunaler Vorhaben, der

für Grund-, Mittel-, Förder- und Berufsschulen. Auch die Zuständigkeiten für Natur- und Umweltschutz, die Wasserwirtschaft sowie für Human- und Veterinärmedizin und die Gewerbeaufsicht wurden erläutert. Dabei zeigte sich, dass die Regierung in ihrer Bündelfunktion in vielen Bereichen Ansprechpartner für die Bürgermeister sein kann und will, etwa auf dem Gebiet der Interkommunalen Zusammenarbeit, bei Fragen zur Bewältigung der demografischen Entwicklung, bei der regionalen Umsetzung der Energiewende oder auf dem Gebiet der Städtebauförderung, wo teilweise eigens besondere Ansprechstellen und Zuständigkeiten geschaffen wurden. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer bot den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in diesem Sinne ausdrücklich die aktive Unterstützung der Regierung von Unterfranken an, woraus sich beim anschließenden geselligen Teil des Treffens sogleich ein angeregter Dialog mit den Gästen ergab.



Abteilungsleiter Manfred Wetzel stellte den Aufgabenbereich des Bereichs 1 „Sicherheit, Kommunales und Soziales“ vor.

Wirtschaftsförderung und der Raumordnung bis zum Straßen- und Wohnungsbau ist die Regierung von Unterfranken genauso zuständig wie



Beim anschließenden kleinen Stehempfang bot sich den neuen Bürgermeistern die Möglichkeit zur direkten Kontaktaufnahme, die auch rege genutzt wurde.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1109

E-Mail: pressestelle@reg-ufr.bayern.de

Neue zentrale „GAST“ in Mellrichstadt eröffnet

Feierliche Einweihung mit Innenstaatssekretär Gerhard Eck

Bereits im Oktober 2014 war sie von Bischofsheim nach Mellrichstadt in die eigens hergerichteten neuen Räumlichkeiten im ehemaligen Anbau der Außenstelle der Staatlichen Berufsschule Bad Neustadt a.d.S. umgezogen. Seit 01.01.2015 ist sie, die neue Zentrale Gebührenabrechnungsstelle für Asylbewerber und Aussiedler in Mellrichstadt, nunmehr auch formell für ganz Bayern zuständig. In der neuen Dienst- und Außenstelle der Regierung von Unterfranken werden seitdem bayernweit Kosten und Gebühren für staatliche Leistungen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen und Spätaussiedlern erhoben bzw. erstattet. Insbesondere werden dort Gebühren als Ausgleich für die Kosten der Unterkunft geltend gemacht,



Staatssekretär Gerhard Eck, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Landrat Thomas Habermann und Erster Bürgermeister Eberhard Streit heißen die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Eröffnung der neuen Dienststelle gemeinsam herzlich willkommen.

Regierungen (kurz: SAR) erfolgte, kann die Aufgabe künftig deutlich effizienter erledigt werden.

Der Bayerische Innenstaatssekretär Gerhard Eck und Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer eröffneten die neue Dienststelle der Regierung von Unterfranken offiziell am 8. Januar 2015 und übergaben sie damit ihrer Bestimmung. Beide betonten, dass die Ansiedlung der Gebührenabrechnungsstelle ein wichtiger strukturpolitischer Beitrag zur Stärkung der Region Rhön-Grabfeld sei, zumal diese Region von der demografischen Entwicklung besonders betroffen ist.

Die Entscheidung, die Gebührenabrechnungsstelle in Mellrichstadt anzusiedeln fiel im Ministerrat im September 2013, nachdem der Landkreis Rhön-Grabfeld ein nicht mehr benötigtes Gebäude der Kreisberufsschule zur Anmietung zur Verfügung gestellt hat, das sich auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als besonders geeignet unter mehreren Alternativen herauskristallisiert hatte. Dass man hier die Gunst der Stunde im Rahmen einer recht kurzfristigen Bewerbung gemeinsam erfolgreich genutzt hat, betonten Landrat Thomas Habermann und Erster Bürgermeister Eberhard Streit in ihren Grußworten.

Mit dem fertig gestellten Umbau steht den 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gebührenabrechnungsstelle, die im Übrigen nahezu ausnahmslos in der Region Rhön-Grabfeld ansässig sind, ein funktional und modern eingerichtetes Bürogebäude zur Verfügung, das dem aktuellen technischen Standard entspricht.



Formell ist die „GAST“ seit 01.01.2015 für ganz Bayern zuständig. Entsprechend wurden die Akten der übrigen Regierungen übernommen.

wenn die betroffenen Asylbewerber oder Aussiedler über entsprechendes anrechenbares eigenes Einkommen oder Vermögen verfügen. Bisher gab es an jeder Regierung in Bayern



Modern und funktional ausgestattete Büros für die Gebührenerhebung gegenüber Asylbewerbern und Aussiedlern aus aller Welt.

eine derartige Gebührenabrechnungsstelle. Mit der Zentralisierung, die im Rahmen weiterer Schwerpunktbildungen bei den Aufgaben der

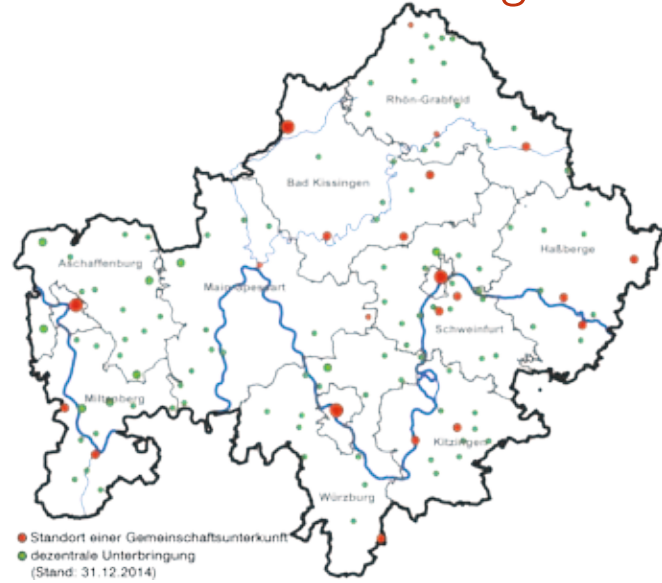
Kontakt
Tel.: 0931/380-1109
E-Mail: presstelle@reg-ufr.bayern.de

Johannes Hardenacke

Hilfe für Asylbewerber – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung

Im Jahr 2014 kamen 3.761 Asylsuchende neu in Unterfranken an, und damit mehr als doppelt so viele wie noch im Vorjahr. Auch bundes- und bayernweit haben sich die Zugangszahlen gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Hier liegt die Steigerungsrate bei ca. 60%.

Aufgrund dieser Entwicklung ist auch die Zahl der in Unterfranken untergebrachten Asylbewerber erheblich angestiegen. In den 9 Gemeinschaftsunterkünften und 17 Teilgemeinschaftsunterkünften der Regierung von Unterfranken wohnten am Ende des vergangenen Jahres 2.191 Personen aus ca. 40 Nationen. Dazu kamen 2.800 Asylsuchende in 184 dezentralen Einrichtungen in der Unterbringungszuständigkeit der unterfränkischen Landratsämter und kreisfreien Städte. Bezogen auf die Gesamtzahl von 4.991 untergebrachten Asylbe-



Trägern der freien Wohlfahrtspflege vor allem viele ehrenamtlich Tätige bei. Bürgerinnen und Bürger kommen zusammen und organisieren Unterstützung und Hilfsleitungen für die vor Ort in den Städten und Gemeinden unterbrachten Asylsuchenden, sei es in Form von Sprachkursen oder anderweitigen Unterstützungsleistungen des täglichen Lebens.

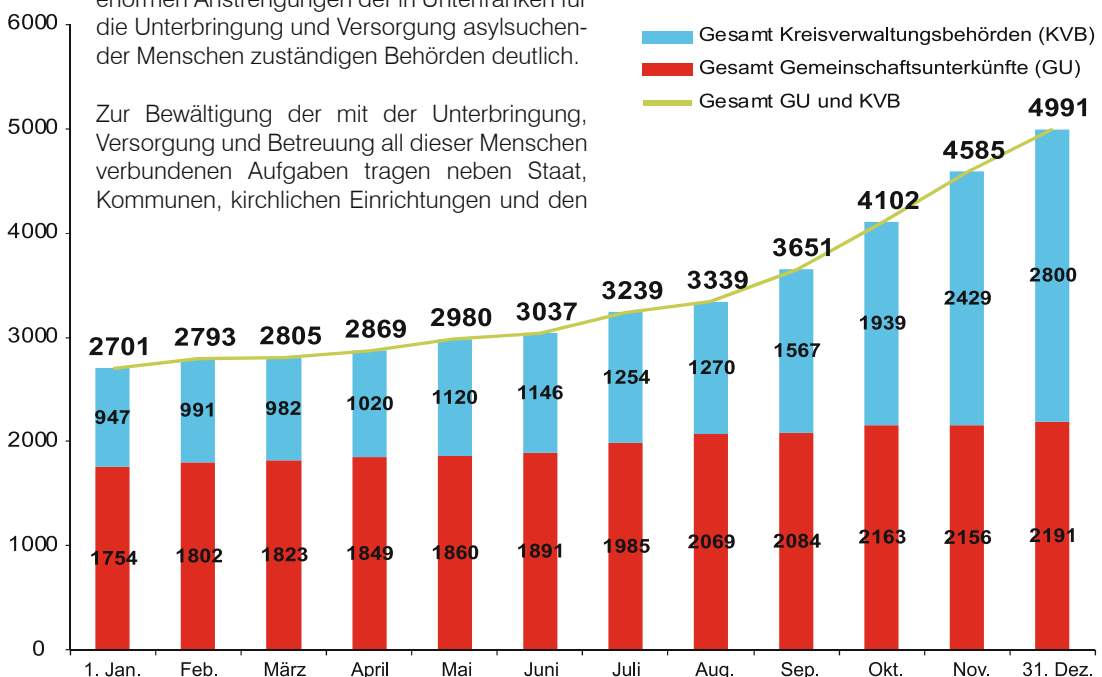
Dieses Zusammenwirken staatlicher, kommunaler und zivilgesellschaftlicher Kräfte ist wesentliche Grundlage dafür, dass die mit der Unterbringung und Versorgung asylsuchender Menschen verbundene gesamtgesellschaftliche Aufgabe erfüllt werden kann. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch im Jahr 2015 eine hohe Zahl Asylsuchender in Unterfranken ankommen wird.

Thomas Weingart



werbern in Unterfranken sind das über 80% mehr als noch Ende 2013 mit insgesamt 2.701 Personen und fast viermal so viel wie im Jahr 2010, als 1.289 Asylbewerber in Unterfranken untergebracht waren. Diese Zahlen machen die enormen Anstrengungen der in Unterfranken für die Unterbringung und Versorgung asylsuchender Menschen zuständigen Behörden deutlich.

Zur Bewältigung der mit der Unterbringung, Versorgung und Betreuung all dieser Menschen verbundenen Aufgaben tragen neben Staat, Kommunen, kirchlichen Einrichtungen und den



Monatliche Belegung der Gemeinschaftsunterkünfte und dezentralen Unterkünfte im Regierungsbezirk Unterfranken im Jahr 2014

Kontakt
Tel.: 0931/380-1187
E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de

Zivilmilitärische Zusammenarbeit – eine Standortbestimmung

Soldatinnen und Soldaten in Flecktarnanzügen Hand in Hand mit Helfern des Technischen Hilfswerks (THW) und Feuerwehrleuten bei Hochwasser-Katastrophen, Soldaten bei der Deichverteidigung am Boden oder Bundeswehr-Hubschrauber die Bigpacks abwerfen: Bei allen Flutkatastrophen der vergangenen Jahrzehnte gab es diese Bilder. Auch beim Waldbrand am 03./04. April 2012 in Amorbach (Landkreis Miltenberg) waren insgesamt 250 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz.

Dies alles sind sichtbare Zeichen einer erfolgreichen Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit (ZMZ) zum Wohle aller Bürger. Damit diese Erfolge bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen auch in Unterfranken erzielt werden können, zeichnet seit seiner Indienstellung durch Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer am 06.12.2006 das Bezirksverbindungskommando (BVK) Unterfranken unter Leitung von Oberst Konrad Schlier seitens der Bundeswehr verantwortlich. Erstmals in der Geschichte wird seit dieser Zeit die ZMZ auf Ebene der Kreisverwaltungsbehörden und der Regierungen ausschließlich durch Reservisten wahrgenommen. Das Bezirksverbindungskommando besteht aus insgesamt 12 Soldaten, darunter ein Flottenarzt. Oberst Schlier hat ein eigenes Büro

in der Regierung und das BVK Unterfranken ist fester Bestandteil aller Ausbildungen und Übungen. Regelmäßig führt das BVK seine internen Fortbildungen auch bei uns im Hause durch.

Bewährt hat sich die frühzeitige Einbindung des BVK bei allen Krisenlagen und Katastrophenfällen, um so schnell wie möglich die Beratung über Unterstützungsmöglichkeiten durch die Bundeswehr zu erhalten. Beachtet werden muss dabei, dass die Streitkräfte immer nur subsidiär, das heißt nachrangig zu zivilen Kräften zum Einsatz kommen können; ausgenommen notwendige Spezialfähigkeiten, über die ausschließlich die Bundeswehr verfügt. Nicht zuletzt durch die Kontinuität

Regelmäßige gemeinsame Übungen zur zivil-militärischen Zusammenarbeit wie Lükex sind die Grundlage für eine vorbereitete Zusammenarbeit auch im Katastrophenfall

an der Spitze des BVK in der Person von Oberst Konrad Schlier hat sich in den vergangenen acht Jahren eine äußerst enge, harmonische und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Führungsgruppe Katastrophenschutz bei der Regierung von Unterfranken und dem Bezirksverbindungskommando Unterfranken der Bundeswehr gebildet. Dies zeigte sich in 2014 gleich zweimal, als bei großen ZMZ-Übungen der Bundeswehr die Regierung von Unterfranken als Rahmenleitungsgruppe beteiligt wurde, nämlich bei REGEX 2014 des Regionalstabes Nord des Landeskommandos Bayern und im Rahmen von „Standhafter Bär 2014“ des Kommandos Territoriale Aufgaben in der Bundeswehr.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer konstatiert deshalb nicht ohne Stolz: „Die Zivil-Militärische-Zusammenarbeit in Unterfranken funktioniert hervorragend. Auch in den Zeiten militärischer Strukturreformen und des Abbaus der Streitkräfte bleibt die Bundeswehr zukünftig integraler und zentraler Bestandteil des Bevölkerungsschutzes. Wir können uns auf unsere Armee und das BVK Unterfranken verlassen.“

Wolfgang Raps

Kontakt

Tel.: 0931/380-1715

E-Mail: katastrophenschutz@reg-ufr.bayern.de



Foto: Logistikbataillon 467, Volkach

Die Bundeswehr – ein wichtiger Verbündeter auch auf dem Gebiet des zivilen Katastrophenschutzes



Das Sachgebiet Kommunale Angelegenheiten – ein verlässlicher Förderpartner nicht nur für die unterfränkischen Kommunen

Die Regierung von Unterfranken hat sich auch wieder im Jahr 2014 in den unterschiedlichsten Bereichen als verlässlicher Partner der unterfränkischen Kommunen und der privaten und freigemeinnützigen Träger erwiesen. Als erste Anlaufstelle für Antragsteller und als Schnittstelle zu den verschiedensten beteiligten Stellen – zum Teil auch innerhalb der Regierung – konnte das Sachgebiet „Kommunale Angelegenheiten“ als Ansprechpartner in der „Förderagentur Regierung“ wieder viele Maßnahmen und Projekte beratend begleiten und fördern und damit wesentlich zu deren Verwirklichung beitragen. Dies drückt sich nicht zuletzt in der in 2014 erreichten Rekordsumme an ausgezahlten Fördermitteln in Höhe von rund 176,7 Mio. € aus.

Mit rund 38,9 Mio. € floss die höchste jemals vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat zugewiesene jährliche Fördersumme aus Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs in insgesamt 102 Schulbauprojekte einschließlich Schulsportanlagen.

Beim Ausbau von Kindertageseinrichtungen wurden 97 Projekte aus Mitteln des kommunalen

Finanzausgleichs in Höhe von 12,2 Mio. € bezuschusst. Daneben wurden aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 - 2014“ mit einem Fördervolumen von über 15 Mio. € die Schaffung von weiteren 745 Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren bewilligt und Fördermittel in Höhe von ca. 21,9 Mio. € (4,6 Mio. € Bundes- und 17,3 Mio. € Landesmittel) ausgezahlt.

Finanzielle Unterstützung für ihre Feuerwehren erhielten die unterfränkischen Kommunen mit insgesamt 5,2 Mio. € (davon 3,3 Mio. € für Beschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen und -geräten einschließlich Wärmebildkameras und 1,9 Mio. € für Feuerwehrgerätehäuser).

Für Investitionen der unterfränkischen Krankenhäuser sind insgesamt 32,2 Mio. € bewilligt und ausgezahlt worden.

Für die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wurden rund 0,9 Mio. € für den Bau von zentralen Busbahnhöfen, Haltestelleinrichtungen, Park- and Ride-Anlagen, usw. ausgereicht.

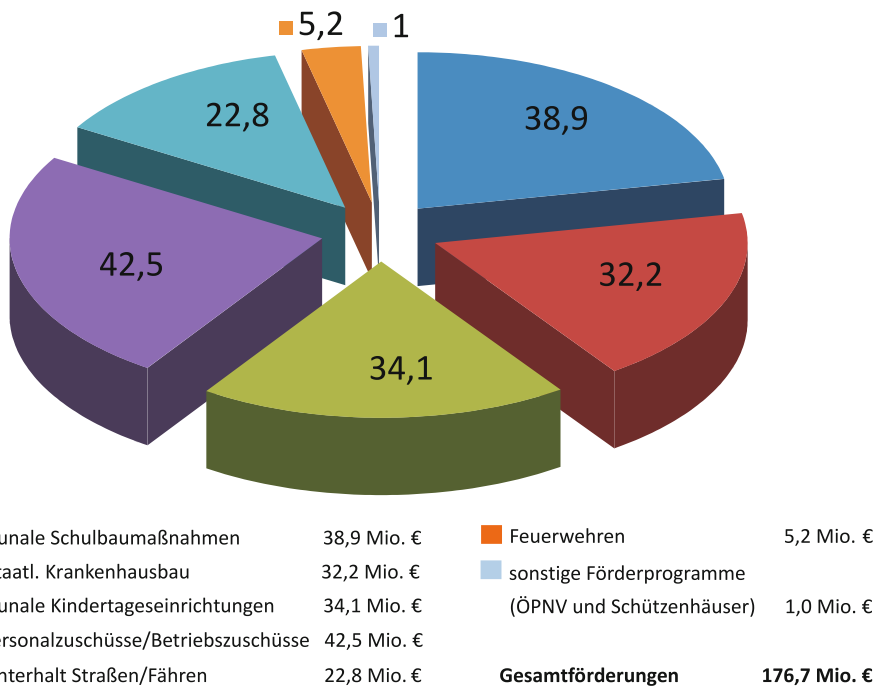
Im Bereich der Sportförderung konnten in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Sportschützenbund 9 Projekte von Schützenvereinen mit knapp 100.000 € bezuschusst werden.

Für die beruflichen kommunalen und privaten Schulen in Unterfranken wurden Lehrpersonalzuschüsse bzw. Betriebszuschüsse in Höhe von 42,5 Mio. € für den notwendigen Personal- und Schulaufwand an die jeweiligen Träger ausgereicht.

Für den Bau und Unterhalt von Straßen und Fähren in Unterfranken sind insgesamt ca. 22,8 Mio. € an Fördermitteln geflossen.

Dr. Adelheid Hüttlinger

Förderungen im Sachgebiet "Kommunale Angelegenheiten"



Fachtagung „Asylbewerber- und Flüchtlingskinder in der Kita – Chance, Bereicherung, Herausforderung“

Die Zahl der Asylbewerber ist in der letzten Zeit stark angestiegen. Als Folge davon besuchen immer mehr Asylbewerberkinder Kindertageseinrichtungen. Dies führt vor allem bei solchen Kindertageseinrichtungen, die bisher keine Erfahrungen in der Betreuung nicht Deutsch sprechender Kindergartenkinder haben, zu Unsicherheiten und Verständigungsschwierigkeiten. Daneben ist das Personal in den Einrichtungen durch die Beschäftigung mit Organisations-, Finanzierungs- und Verwaltungsfragen und insbesondere auch mit der Eingewöhnung und Begleitung traumatisierter Kinder belastet.

Aus diesem Grund hatte die Regierung von Unterfranken Anfang November 2014 zu einer Fachtagung geladen, an der mehr als 130 Verantwortliche teilnahmen, namentlich zahlreiche Träger und Leitungen unterfränkischer Kinder-



Gisela von Maltitz (exilio Lindau) gab einen Einblick in ihre praktischen Erfahrungen mit traumatisierten Kindern.



Leitender Regierungsdirektor Reinhold Kuhn (Sachgebietsleiter Soziales und Jugend) begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

nutzbar machen“, sprach Christa Kieferle, vom Institut für Frühpädagogik. Zum Thema „Kulturelle Vielfalt in der Kita – Praktische Anregungen für den Alltag“ referierte Paula Zintl von der Fachberatung für interkulturelle Pädagogik, München. Unter dem Motto „Das Heute gestalten – Traumapädagogische Erkenntnisse in der Kita nutzen!“ gab die Geschäftsführerin von exilio Hilfe für Migranten, Flüchtlinge und Folterüberlebende e.V. aus Lindau, Gisela von Maltitz, einen Einblick in ihre praktischen Erfahrungen mit traumatisierten Kindern.

Reinhold Kuhn

Kontakt

Tel.: 0931/380-1077

E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de

tageseinrichtungen, die bereits von Asylbewerberkindern besucht oder diese Kinder künftig aufnehmen werden. Weitere Teilnehmer waren die Kindergartenfachberatungen in den unterfränkischen Jugendämtern und bei den Verbänden.

Neben der Darstellung der aktuellen Situation und den rechtlichen Rahmenbedingungen stand der fachliche und praktische Austausch beim Umgang mit Asylbewerber- und Flüchtlingskindern in Kindertageseinrichtungen auf dem Programm. Zum Thema „Sprachliche Bildungsarbeit unter besonderer Berücksichtigung des Zweitspracherwerbs – Theoretische Erkenntnisse für die Praxis



Die Referentinnen und Referenten der Veranstaltung (von links): Leitender Regierungsdirektor Reinhold Kuhn, Reinhildis Wolters-Erauw, Regierungsamtsrätin Gabriele Wirth, Paula Zintl, Christa Kieferle und Leitender Regierungsdirektor Thomas Weingart.

Regierungspräsident heißt erste syrische Kontingentflüchtlinge in Poppenhausen willkommen

Die Bundesregierung hat im Mai und Dezember 2013 beschlossen, zwei Kontingente von jeweils 5.000 syrischen Flüchtlingen in Deutschland aufzunehmen, im Juni 2014 wurde ein weiteres Kontingent mit 10.000 Personen beschlossen. Diese sogenannten Kontingentflüchtlinge erhalten – im Unterschied zu Asylbewerbern – sofort eine Aufenthaltserlaubnis für 2 Jahre. Auch sind sie berechtigt, sofort eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Gegebenenfalls haben sie auch Anspruch auf Sozialleistungen. Soweit Kontingentflüchtlinge nicht bei Verwandten unterkommen, stellt der Staat Übergangwohnheime zur vorübergehenden Unterbringung zur Verfügung.

Hintergrund und Fakten:

Bis 12.02.2015 erreichten 165 syrische Kontingentflüchtlinge Unterfranken. Davon wurden von der Regierung 102 Personen bis Anfang 2015 vorläufig untergebracht. Dazu kamen allein im Jahr 2014 insgesamt 694 syrische Asylbewerber. Die syrischen Asylbewerber stellten 2014 mit über 20% die größte Bevölkerungsgruppe unter allen nach Unterfranken gekommenen Asylbewerbern dar. Während noch am 31.12.2013 insgesamt 320 syrische Staatsangehörige in Unterfranken lebten, waren es am 31.12.2014 bereits 963.

Am 12. Februar 2014 trafen die ersten 33 syrischen Kontingentflüchtlinge in Unterfranken ein. Insgesamt 7 Familien mit insgesamt 17 Kindern erreichten das neue Übergangwohnheim der Regierung von Unterfranken in Poppenhausen im Landkreis Schweinfurt. Kurzfristig zur

Verfügung gestellt wurde das Gebäude der Regierung von Unterfranken vom Landratsamt Schweinfurt. Das Übergangwohnheim in Poppenhausen erreichten die syrischen Flüchtlinge per Bus aus Friedland. Vor Ort wurden sie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Regierung sowie von ehrenamtlichen Helferinnen



Zur Begrüßung wurde arabischer Kaffee gereicht

und Helfern herzlich begrüßt. Die Betroffenen zeigten sich sehr dankbar über ihre freundliche Aufnahme vor Ort, was sie wiederholt durch ein „Danke“ zum Ausdruck brachten. Von diesem Dank und der Offenheit und Freundlichkeit der syrischen Flüchtlinge konnte sich auch Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer bei einem gemeinsamen Besuch mit Landrat Florian Töpfer und dem Bürgermeister von Poppenhausen, Reinhold Stahl, persönlich überzeugen. Gleich zu Beginn wurde Gebäck und etwas später starker arabischer Kaffee gereicht. Die Flüchtlinge berichteten unter anderem von ihren bisherigen Erfahrungen in Syrien, im Libanon (ihrem letzten Aufenthalt) und von ihrer Reise und ihrem bisherigen Aufenthalt in Deutschland. Sie zeigten sich von der freundlichen Aufnahme in Poppenhausen sehr angetan, wo sich zahlreiche ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in mehreren Arbeitskreisen um die Flüchtlinge vor Ort kümmern. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer dankte daher zunächst dem Landrat und dem Bürgermeister für die aktive Unterstützung und die positive Willkommenskultur. Sein besonderer Dank galt aber dem Helferkreis und den Ehrenamtlichen vor Ort.

Johannes Hardenacke



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Landrat Florian Töpfer und Bürgermeister Reinhold Stahl wurden von den syrischen Flüchtlingen herzlich empfangen.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1187

E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de

Regionales Energiegespräch

Staatsministerin Ilse Aigner informierte sich in der Regierung von Unterfranken über die Umsetzung der Energiewende



Die in der Bayerischen Staatsregierung für Energie zuständige Staatsministerin Ilse Aigner führte am Anfang des Jahres 2014 in allen Regierungsbezirken „Regionale Energiegespräche“ durch, um sich vor Ort aus erster Hand darüber informieren zu lassen, wo bei der Umsetzung der Energiewende „der Schuh drückt“ – so die wörtliche Formulierung der Ministerin. Zum ersten dieser Energiegespräche konnte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer am 14. Februar 2014 in der Regierung neben der Staatsministerin auch Spitzenvertreter von Kammern, Verbänden, Wissenschaft und Forschung sowie neun unterfränkische Unternehmer aus Handwerk, Industrie und Energieversorgung willkommen heißen.

Im Themenblock „Gebäudesanierung/Wärme“ wurde die große Bedeutung des Energiesparens für die Umsetzung der Energiewende unterstrichen. Bedenklich sei die aktuelle Sanierungsquote im privaten Gebäudebereich, die unter 1% pro Jahr liege, wobei aber das Dreifache erforderlich wäre. Daher wurden entsprechende Fördermaßnahmen angeregt.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer hatte als regionalen Themenschwerpunkt die „Energieeffizienz“ auf die Tagesordnung gesetzt. Hierzu verdeutlichte Prof. Dr. Vladimir Dyakonov vom Bayerischen Zentrum für Angewandte Energieforschung (ZAE) in Würzburg der Staatsministerin die herausragende Bedeutung des Forschungsstandorts Unterfranken für die Umsetzung der Energiewende.

Rainer Kern

Wirtschaft, Landes-
entwicklung und
Verkehr



Staatsministerin Ilse Aigner (3. von links) im fachlichen Austausch mit Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer (rechts daneben)

Im Energiegespräch nahmen die damals aktuell laufende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und das Thema „Dämpfung der Strompreise“ breiten Raum ein.

Beim zweiten Themenblock „Versorgungssicherheit, insbesondere Netzausbau und Ersatzkapazitäten“ ging es insbesondere um das Szenario nach der Abschaltung des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld, die gesetzlich für den Ablauf des Jahres 2015 festgelegt ist und nach dem Willen des Kraftwerkbetreibers E.ON Kernkraft GmbH aber auf Mai 2015 vorgezogen werden soll. Im Regionalen Energiegespräch wurde die Gewährleistung der Versorgungssicherheit als existenzielles Erfordernis aus Sicht der Wirtschaft herausgestellt.



Ausführliche Informationen zur Umsetzung der Energiewende in Bayern finden Sie im Internet unter <http://www.energieatlas.bayern.de> und <http://www.energie-innovativ.de>.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1126

E-Mail: energie@reg-uf.bayern.de

Leihausstellung Energiewende in Aschaffenburg eröffnet

Staatssekretär Franz Josef Pschierer kam am 23. April 2014 eigens aus dem für Energie zuständigen Bayerischen Wirtschaftsministerium nach Aschaffenburg, um im Rathaus die „Leihausstellung Energiewende“ erstmals in Unterfranken der Öffentlichkeit vorzustellen. Mit der Eröffnung durch einen so „hochkarätigen“ Politiker wurde der Stellenwert, dem dieser Ausstellung bei der Begleitung der Energiewende zukommt, deutlich unterstrichen.



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer in ihren Grußworten die Energiewende als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Zweck von den Menschen verstanden werden müsse, weil sie – anders als die zentralisierte Standortstruktur der herkömmlichen Energieerzeugung – vor Ort stattfindet: Photovoltaik-, Windkraft-, Biogasanlagen usw. verteilen sich dezentral über das Land. Gerade die aktuellen Diskussionen um die Stromtrassen für die großen Nord-Süd-Verbindungen im Höchstspannungsbereich zeigten, wie wichtig es ist, in der Bevölkerung Verständnis und Akzeptanz für die Notwendigkeiten der Energiewende weiter zu stärken.

Genau das ist die Aufgabe der „Leihausstellung Energiewende“. Sie informiert über Grundlagen der Energiewende und richtet sich an Privathaushalte, Kommunen, Unternehmen und Bildungsträger. Mitmachstationen und verschiedene Modelle zeigen anschaulich, wie der Umbau der Energieversorgung funktioniert und laden zum Ausprobieren ein. Schwerpunkt der Ausstellung ist die Umsetzung des „Bayerischen Energie-3-Sprungs“ mit den Themenbereichen „Energiebedarf senken“, „Energieeffizienz steigern“ und „Erneuerbare Energien ausbauen“. Damit soll verdeutlicht werden, dass sich die Energiewende eben nicht auf einen Ersatz der herkömmlichen Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien beschränkt. Gezeigt werden unter anderem Module zur Windenergie, energieeffiziente Beleuchtungssysteme sowie Fenster und hoch gedämmte Hauswandmodelle.

Rainer Kern



Foto: Ilona Bredfeldt

von links nach rechts: Landrat Prof. Dr. Ulrich Reuter, Landrat Roland Schwing, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, Energiemanager Dipl.-Ing. Marc Gasper und Oberbürgermeister Klaus Herzog beim Rundgang durch die „Leihausstellung Energiewende“ in Aschaffenburg

Oberbürgermeister Klaus Herzog konnte als Hausherr zahlreiche aktive und frühere Abgeordnete aus Bund und Land, Kommunalpolitiker aus der gesamten Region Bayerischer Untermain, Medienvertreter sowie Bürgerinnen und Bürger begrüßen. Im Anschluss daran bezeichneten Staatssekretär Franz Josef Pschierer und

i

Die Leihausstellung Energiewende wurde vom Ökoenergie-Institut am Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) konzipiert und erstellt sowie vom Bayerischen Wirtschaftsministerium finanziert. Die Leihausstellung kann für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos bei der Regierung von Unterfranken ausgeliehen werden (Geschäftsstelle Energiewende, Tel. 0931 / 380-1126, E-Mail: energie@reg-ufr.bayern.de).

Kontakt

Tel.: 0931/380-1126

E-Mail: energie@reg-ufr.bayern.de

Fraunhofer Projektgruppe für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie IWKS

Stärkung der nordbayerischen Wirtschaft durch Forschung und Entwicklung

Der Freistaat Bayern stärkt Nordbayerns Wirtschaft aktiv durch die Förderung der Aufbau-phase II der Projektgruppe Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie mit 12,5 Mio. € für die nächsten 6 Jahre. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer: „Recycling und der Ersatz von knappen Rohstoffen sind entscheidende Zukunftsthemen. Dies hat das Fraunhofer Institut für Silicatiforschung (ISC) unter Prof. Sextl und der bayerische Untermain schon früh erkannt und mit der Fraunhofer-Projektgruppe IWKS in Alzenau sowie Hanau ein innovatives bayerisch-hessisches Gemeinschaftsprojekt realisiert. Durch den weiteren Ausbau der Projektgruppe wird die angewandte Forschung hier in der Region nachhaltig gestärkt und den Unternehmen in Unterfranken ein wertvoller Partner für Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur Seite stehen“. Wirtschaftsministerin Ilse Aigner übergab am 17.10.2014 in Alzenau den Bescheid für die II. Phase.

Die erst drei Jahre junge Forschungseinrichtung erfüllt die in sie gesetzten Erwartungen mit rasantem Wachstum und einer intensiven Zusammenarbeit mit Industrieunternehmen einerseits und einer hervorragenden Vernetzung mit den Hochschulen der Region in Bezug auf Forschung und Lehre andererseits.

In der ersten Aufbau-phase wurden die erforderlichen wissenschaftlichen Strukturen geschaffen, Investitionen in eine Technikumshalle und Anlagen getätigt. In der zweiten Phase können nun die Forschungsinhalte ausgebaut und intensiviert werden. Schwerpunkte der Arbeiten in der Projektgruppe sind die Entwicklung von neuartigen Verfahren für Wertstoffkreisläufe sowie strategische Ausarbeitungen zur Kritikalität von Rohstoffen. Vor dem Hintergrund zunehmender Rohstoffknappheit werden mit Industriepartnern innovative Trenn-, Sortier- und Aufbereitungs- und Substitutionsmöglichkeiten erforscht und Strategien für einen nachhaltigen Umgang mit kostbaren Ressourcen entwickelt. Die drei am Standort Alzenau etablierten Geschäftsfelder dienen dazu, wissenschaftliche Projekte zu den Themenbereichen Biowerkstoffe/Lebensmittel, Elektrik/Elektronik sowie Schlacken/Schlämme/Deponien zu bearbeiten.



Probenteiler zur Fraktionierung von Probenmaterialien



Übergabe des Bewilligungsbescheids in Höhe von 12,5 Mio. € durch Staatsministerin Ilse Aigner an die Fraunhofer-Projektgruppe IWKS in Alzenau.

Regierungspräsident Dr. Beinhofer weist darauf hin, welches zentrale Thema die Ressourcenknappheit für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung einer Industrienation, wie Deutschland, ist. Die nachhaltige Versorgung der Industrie mit Rohstoffen ist essentiell, auch um die Technologieführerschaft in Deutschland langfristig zu sichern. Einen großen Raum nimmt deshalb die Erforschung von Substitutionsmöglichkeiten seltener Roh- und Werkstoffe ein, die Untersuchung der Kreislauffähigkeit von Wertstoffen sowie die Erstellung von Technologieprognosen.

Dieses auf Nachhaltigkeit angelegte zukunftsweisende Forschungszentrum ist eine große Chance für die bayerischen technologieorientierten Unternehmen. Es ist auch ein wesentlicher Meilenstein auf dem Weg Unterfranken als Innovations- und Forschungsstandort im globalen Wettbewerb weiter zu profilieren.

Gisela Götz

Kontakt

Tel.: 0931/380-1225

E-Mail: wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de

Breitbandausbau in Unterfranken kommt gut voran

Um den Bedarf an immer höheren Internetbandbreiten und die Nachfrage nach immer schnelleren Datenübertragungsraten von Privathaushalten und Unternehmen decken zu können, hat der Freistaat Bayern in 2014 sein eigenes Förderprogramm erheblich aufgestockt, um den Ausbau von Netzkapazitäten schneller zu steigern.

Die Verantwortung für die digitale Erschließung Bayerns mit schnellem Internet ging nach der Landtagswahl 2013 an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat über. Die Richtlinie zur Förderung des Aufbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen im Freistaat Bayern (Breitbandrichtlinie – BbR) ist mit einem Fördervolumen von 1,5 Mrd. € unterlegt.

Die novellierte Breitbandrichtlinie trat am 09.07.2014 in Kraft und bringt für die Kommunen neben erheblichen Verbesserungen bei den Förderkonditionen auch eine Vereinfachung des Förderverfahrens. Seit Anfang 2014 begleiten beratend die Leiter der Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung die Kommunen durch das gesamte Förderverfahren. Projektziel ist es, bis Ende 2018 alle bayerischen Haushalte an ein glasfaserbasiertes Breitbandnetz anzuschließen und eine flächendeckende, zukunftsfähige Breitbandversorgung in Bayern zum Standard zu machen.

Insbesondere die Regionen außerhalb der großen Ballungsräume sind mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s derzeit weitgehend unter- oder unversorgt. In diesen überwiegend



Abstimmungsgespräch mit den Leitern der Unterfränkischen Vermessungsverwaltung im Januar 2014

ländlich geprägten Räumen sind aufgrund der Siedlungsstrukturen und der geringen Einwohnerdichte die erforderlichen Investitionen je Breitbandanschluss relativ hoch. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer weist darauf hin, dass ohne die bayerische Förderung der Ausbau von hochbitratigen Anschlüssen nicht in der Zeit realisiert werden könnte. „Für den Erhalt der Wirtschaftskraft und um die Auswirkungen der Demographie abzuschwächen ist der zügige Ausbau in dünn besiedelten bzw. strukturschwachen Gebieten unerlässlich.“

Motor des Breitbandausbaus sind die bayerischen Kommunen, die durch Zuschüsse an die Breitbandanbieter den Ausbau zu einer Mindestbandbreite von 50 Mbit/s beschleunigen. Der Freistaat Bayern unterstützt den Ausbau durch Zuwendungen an die Kommune, die bis zu 90% der kommunalen Kostenbeteiligung betragen können. Der individuelle Förderhöchstbetrag beträgt zwischen 500.000 € und 950.000 €. Berechnungsparameter sind unter anderem die Anzahl der Haushalte, die Fläche der Kommune und die Dichte der Besiedelung (Anzahl der Ortsteile) sowie die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung.

Zum Jahresende 2014 befanden sich insgesamt 251 der 308 unterfränkischen Kommunen im Förderverfahren. Dies entspricht einem Anteil von 81%. In bereits 31 unterfränkischen Kommunen wurde mit dem Netzausbau begonnen. Die Bürgermeister dieser Kommunen erhielten Förderbescheide der Regierung von Unterfranken über insgesamt 6,4 Mio. € aus der Hand von Staatsminister Dr. Markus Söder.

Kontakt
Tel.: 0931/380-1225
E-Mail: wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de

Foto: Bayerisches Finanzministerium



Aus den Händen des Staatsministers Dr. Markus Söder (Mitte) erhielten im Oktober 2014 weitere 16 unterfränkische Gemeinden ihren Förderbescheid.

Gisela Götz

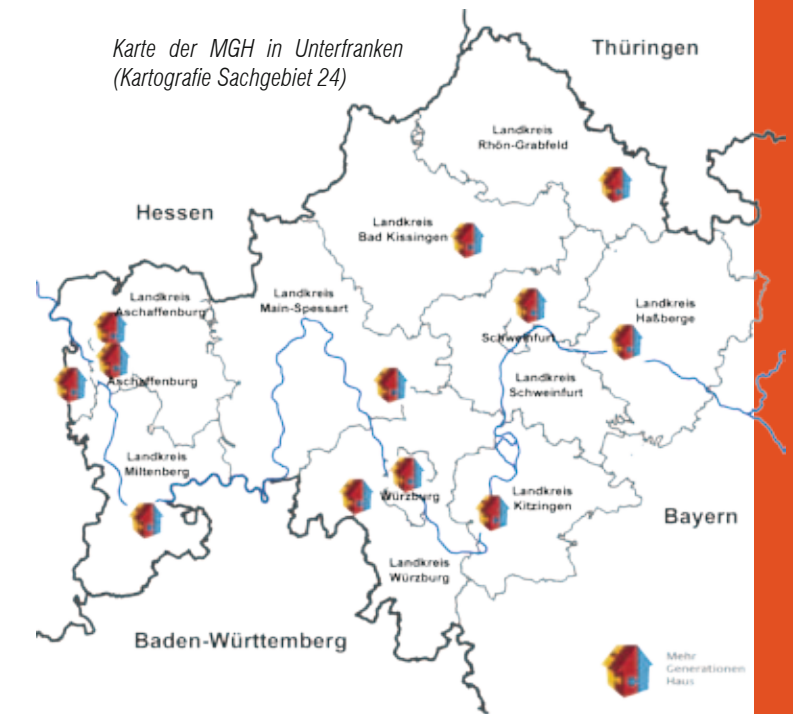
Mehrgenerationenhäuser: Orte, an denen Gemeinschaft entsteht



Mehr
Generationen
Haus

Vieles hat sich in unserer Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten verändert (demografischer Wandel, Anforderungen der Arbeitswelt, kulturelle Vielfalt): Mehrere Generationen einer Familie leben heute nicht mehr selbstverständlich unter einem Dach zusammen. Mobilität und Flexibilität sind Begriffe, die für viele Menschen im Berufs- und Alltagsleben sowohl spannende Herausforderungen als auch Belastungen und Organisationsaufwand mit sich bringen. Gleichzeitig sehnen sich Menschen nach wie vor nach Gemeinschaft, nach stabilen Beziehungen und nach familiärem Zusammenhalt. Die 12 unterfränkischen Mehrgenerationenhäuser bieten dieses Ambiente und vor allem vielfältige Dienstleistungsangebote (Betreuungen, Mittagstische, Sport- oder Bildungskurse) für ihre Standorte.

Anlass genug, ein erstes unterfränkisches – und bislang bayernweit einmaliges – Fachforum der Mehrgenerationenhäuser auf Bezirksebene zu initiieren. Rund 60 Teilnehmer, zu denen auch unterfränkische Landtagsabgeordnete gehör-



schaffen“, fasste Beinhofer den Grundtenor der Vorträge und Diskussionsrunden an diesem Tag zusammen. Klare Forderung an die Politik war, den Mehrgenerationenhäusern weiterhin eine Perspektive für ihre unschätzbare wertvolle Arbeit zu bieten. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer selbst brachte die Wünsche bei den unterfränkischen Bundes- und Landtagsabgeordneten vor – mit durchweg positiver Resonanz.

Marina Klein



... die Möglichkeiten der Begegnung wurden bei der Fachtagung rege genutzt.

Weitere Informationen im Internet unter:
www.mehrgenerationen.de

ten, folgten der Einladung des Regierungspräsidenten Dr. Paul Beinhofer – gleichzeitig Pate des Mehrgenerationenhauses Arnstein-Binsfeld – am 10. September 2014 in die Regierung von Unterfranken. Unter dem Titel „Gesellschaftlicher Mehrwert durch Mehrgenerationenhäuser“ tauschten sich die unterfränkischen Häuser mit Vertreterinnen und Vertretern von Sozialverbänden, Kirchen, Kommunen, Landkreisen und des Landes Bayern über lokale Herausforderungen in Zeiten des demografischen Wandels und die Rolle der Mehrgenerationenhäuser bei der Sozialraumentwicklung aus.

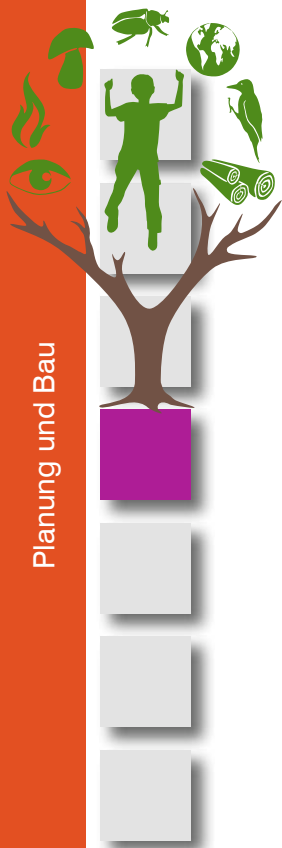
„Die Mehrgenerationenhäuser in Unterfranken tragen wesentlich zur Stabilisierung gesellschaftlicher Strukturen an ihrem jeweiligen Standort bei und unterstützen die Kommunen, zukunftsfeste Rahmenbedingungen zu

Hintergrund:

Mit Unterstützung der Aktionsprogramme MehrGenerationenHäuser I und II der Bundesregierung sind bislang zwölf Mehrgenerationenhäuser in Unterfranken in den Städten und Gemeinden Aschaffenburg, Arnstein-Binsfeld, Bad Kissingen, Bad Königshofen, Großostheim, Haßfurt, Johannesberg, Kitzingen, Miltenberg, Uchtelhausen, Waldbrunn und Würzburg eingerichtet. Deutschlandweit nehmen 450 Mehrgenerationenhäuser am Aktionsprogramm II teil. Jedes Haus erhält einen jährlichen Zuschuss von 40.000 €. Davon fließen bis Ende 2014 aus Bundesmitteln bzw. Geldern des Europäischen Sozialfonds (ESF) 30.000 €; die weiteren 10.000 € übernehmen Land oder Kommune. Auch im Jahr 2015 ist eine Weiterförderung durch den Bund vorgesehen.

i

Kontakt
Tel.: 0931/380-1278
E-Mail: mehrgenerationen@reg-ufir.bayern.de



Steigerwald-Zentrum – Nachhaltigkeit erleben

In Handthal durch Staatsminister Brunner am 12. September eröffnet

Im „Internationalen Jahr der Wälder 2011“ hat das Bayerische Kabinett beschlossen, ein Nachhaltigkeitszentrum im Oberschwarzacher Ortsteil Handthal (Landkreis Schweinfurt) zu errichten. Dort sollen Kinder, Jugendliche und Erwachsene generationsübergreifend erfahren, was unter dem forstlichen Grundsatz der Nachhaltigkeit zu verstehen ist. Die Standortwahl berücksichtigte die gute verkehrstechnische Anbindung an die nahen Autobahnen, die Umrahmung durch Metropol- und Stadtregionen und natürlich die landschaftlich äußerst attraktive „Waldarena“ am Steigerwald-Anstieg, die touristisch bekannt und durch zahlreiche Rad- und Wanderwege mit den Nachbarlandkreisen gut vernetzt ist.



Foto: Constanze Haissig

Staatsminister Helmut Brunner und Staatssekretär Gerhard Eck bei der Eröffnung der „Waldwerkstatt“

Der Freistaat Bayern, vertreten durch das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erteilte dem Staatlichen Bauamt Schweinfurt im April 2012 den Auftrag, ein Waldinformations- und Erlebniszentrum als Vorzeigeprojekt im Hinblick auf innovativem und ressourcenschonenden Holzbau und als bayerischen Beitrag zum 300-jährigen Nachhaltigkeits-Jubiläum im Jahr 2013 zu errichten. In enger und intensiver Zusammenarbeit mit dem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Schweinfurt als Bauherrenvertreter und Mitglied des für den Betrieb verantwortlichen Trägervereins wurde ein Raumkonzept für ein Gebäude



Foto: Katrin Heyer

Eingangsfoyer mit Blick auf Handthal

als Erlebnis- und Erfahrungsraum erarbeitet.

In landschaftsbezogener Bauweise und mit größtmöglichem Waldbezug gruppieren sich schaltbare Ausstellungsräume, Veranstaltungsbereich und Erlebnis-Werkstätten eingeschossig und hangabwärts gestaffelt um ein Zentralfoyer, mit Zugang vom und Blickbezug zum Ort. Ab Fundamentoberkante wurde ein reiner Holzbau mit dem Anspruch eines Demonstrativgebäudes durch die innovative Verwendung von Laubhölzern konzipiert. Insgesamt wurden 500t Fichten-, Buchen-, Eichen- und Lärchenhölzer verbaut – eine Menge, die in den Bayerischen Wäldern innerhalb von 5 Minuten nachwächst.

Innerhalb der Kostenobergrenze von 3 Mio. € ist es dem Staatlichen Bauamt Schweinfurt in Eigenplanung gelungen, ein von der Fachwelt beachtetes (2. Preis beim Bundeswettbewerb 2014 Holzbauplus – Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen) und von den Besuchern und Bewohnern des Ortes anerkanntes Beispiel guten und ortbezogenen Bauens termingerecht zu erstellen, welches den Nachhaltigkeitsgedanken erlebbar macht – im Gebäude selbst und in den umliegenden Wäldern.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1423

E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de



Südansicht mit Stollburg im Hintergrund

Foto: Katrin Heyer

Bauen für die Polizei

Bauübergabe des generalsanierten Unterkunftsgebäudes 16 in Würzburg

Die Geschichte der Kaserne im Stadtteil Zellerau in Würzburg führt uns in die Jahre 1907 und 1908 zurück, als sie für das Königlich-Bayerische 11. Feldartillerieregiment gebaut wurde. Damals galt sie als eine der schönsten Kasernen im Königreich Bayern. Kein Wunder also, dass der historische Teil heute unter Denkmalschutz steht. Im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigt, bot sie nach dem Krieg doch 150 Familien eine dürftige Bleibe.

Um Bereitschaftspolizeien in den Ländern einzurichten, überließ die Bundesrepublik die Kaserne 1950 dem Freistaat Bayern. Am 20. Februar 1954 konnten die ersten Bereitschaftspolizeieinheiten mit klingendem Spiel einziehen.

Zu den historischen Gebäuden sind ein großes Lehrsaaengebäude und ein modernes Sportzentrum hinzugekommen. Heute werden dort mehr als 400 junge Frauen und Männer für den Polizeidienst ausgebildet.

Das Gebäude 16 mit den beiden viergeschossigen Kopfbauten und dem dreigeschossigen



Foto: Staatliches Bauamt Würzburg

Mittelteil prägt die Gesamtanlage. Bei der Untersuchung des Baues zeigten sich erhebliche Mängel in der Bausubstanz, beim Brandschutz und der Statik. Nach Vorlage der Haushaltsunterlage im März 2009 konnte im Oktober 2010



Foto: Staatliches Bauamt Würzburg

Einweihung am 29. August 2014

Von links: Werner Freidhof (Leiter der Würzburger Bereitschaftspolizei), Staatsminister Joachim Herrmann, Dr.-Ing. Franz Ullmann (stellvertretender Leiter des Staatlichen Bauamts Würzburg)

mit dem Bau begonnen werden. Bei der mit der Denkmalpflege abgestimmten Entkernung fielen 7.500 m³ – teils belasteter – Bauschutt an.

Alle Innenwände, Geschossdecken, Dächer und Treppenhäuser wurden neu aufgebaut.

Nun verfügt das Unterkunftsgebäude bei 4.350 m² Nutzfläche über 126 Wohneinheiten mit eigenen Nasszellen und einem großen Angebot an Gemeinschaftsräumen. Die Gesamtbaukosten betragen 15,8 Mio. €. Durch die energetische Sanierung des Baus kann der jährliche CO²-Ausstoß um 235 Tonnen gegenüber dem Vorgängerbau gesenkt werden. Diese Einsparungen entsprechen dem Erdgasjahresverbrauch von etwa 30 Einfamilienhäusern.

Die Einweihung des Gebäudes 16 erfolgte am 29. August 2014 in Anwesenheit des Bayerischen Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr Joachim Herrmann.

Kontakt
Tel.: 0931/380-1415
E-Mail: bauwesen@reg-ufir.bayern.de

Ludwig Dorbath



Gebäude 16 – Südansicht

Foto: Gerhard Hagen

Verkehrskonferenz an der Regierung von Unterfranken

Im Rahmen der Verkehrskonferenz Unterfranken informierte Innen- und Verkehrsstaatssekretär Gerhard Eck die Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie kommunalen Mandatsträger und Vertreter von Institutionen, Behörden, Verbänden und Kammern am 30. Mai 2014 über Verkehrsprojekte in Unterfranken. „Eine leistungsfähige und gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur aller Verkehrsträger ist Grundvoraussetzung für Mobilität. Nur wenn alle Verkehrsträger – Straßen, Schienen, Wasserwege und Luftverkehr – optimal zusammenwirken, erreichen wir größtmögliche Flexibilität“, so Staatssekretär Eck.

Verkehrsträger Nummer eins ist und bleibt die Straße. Im vergangenen Jahr wurden in Bayern rund 1,2 Milliarden € in den Ausbau und Erhalt der Bundesfernstraßen und Staatsstraßen investiert. Die Straße allein aber kann den prognostizierten Verkehrszuwachs nicht bewältigen. Deshalb muss man auch in Zukunft eine Verlagerung des Gütertransports auf Schiene und Wasserstraße voranbringen.

Im Bereich Straßenbau hat in Unterfranken der sechsstreifige Ausbau der A3 größte Dringlichkeit. Der über 170 Kilometer lange Ausbau zwischen Aschaffenburg und Nürnberg ist eines der wichtigsten bayerischen Straßenbauprojekte. Bis 2019 soll der gesamte Ausbau zwischen Aschaffenburg und Biebelried abgeschlossen sein.

Ein besonderer Schwerpunkt im Straßenbau liegt in Unterfranken auf der Sanierung beziehungsweise Erneuerung der Mainbrücken. Bei vier Staatsstraßen-Mainbrücken ist der Freistaat Bayern hierbei einen neuen Weg gegangen und hat diese Projekte im Rahmen von „öffentlich-privaten Partnerschaften“ (PPP) realisiert. Die Mainbrücke Bergtheinfeld wurde 2009 als erste Brücke fertig gestellt. 2010 und 2011 folgten die



Foto: Hajo Dietz

A3, Anschlussstelle Weibersbrunn; September 2014

Mainbrücken Segnitz und Volkach. Im Sommer 2012 konnte die Mainbrücke Klingenberg für den Verkehr freigegeben werden. Bis 2022 sollen sechs weitere Mainbrücken erneuert, zwei neu gebaut und vier Brücken gegen Schiffsanprall gesichert werden. Darunter befindet sich auch die denkmalgeschützte alte Mainbrücke Marktheidenfeld im Zuge der Bundesstraße 8.

Der Hafen Aschaffenburg ist eine wichtige Logistik-Drehscheibe. Damit der Umschlag auf die Schiene weiter wachsen kann, hat der Freistaat Bayern die Mainvertiefung und die Elektrifizierung der Hafenanbindung Aschaffenburg für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans angemeldet.

Ein großes Schienenbauprojekt in Unterfranken ist der Ausbau auf der Strecke zwischen Aschaffenburg und Würzburg. Das Projekt Hanau – Nantenbach ist als Vorhaben im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans enthalten.

Für den in der Region lange ersehnten barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Würzburg wurden bereits die weiteren Schritte vereinbart. Bis zur Landesgartenschau 2018 sollen mindestens die Bahnsteige 1 – 4 fertiggestellt sein.

Christoph Eberlein

Kontakt

Tel.: 0931/380-1432

E-Mail: bauwesen@reg-ufi.bayern.de



Mainbrücke Marktheidenfeld

Modellhafte Stadt- und Ortssanierung

Unterfränkische Kommunen in Bundes- und Landeswettbewerb erfolgreich

„Historische Stadtkerne – integriert denken und handeln“ lautete der Titel einer Ausstellung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur, welche vom 27. Mai bis 25. Juni 2014 im Foyer der Regierung von Unterfranken gezeigt wurde. Die Ausstellung geht auf einen gleichnamigen bundesweiten städtebaulichen Wettbewerb zurück, dessen Preisverleihung im August 2013 beim 21. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz in Quedlinburg (Sachsen-Anhalt) stattfand.

Durch den Bundeswettbewerb wurden beispielhafte Leistungen der Kommunen für integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte an der Schnittstelle zwischen Energieeffizienz und Denkmalpflege ausgezeichnet. Von den bundesweit eingereichten 76 Arbeiten wurden 11 Auszeichnungen und 13 Anerkennungen vergeben. Davon gingen 3 Preise und eine Anerkennung nach Unterfranken.

Ausgezeichnet wurden aus Unterfranken die Stadt Amorbach mit ihrem historischen Altstadt-kern für die kreative Neubelebung von einer Barockstadt hin zu einer Kunst- und Kulturstadt der Region, der Markt Großostheim für die Stabilisierung und Weiterentwicklung des traditionellen Ortskerns zum multifunktionalen Zentrum für die gesamte Gemeinde unter Mitwirkung der Bürgerschaft und die Stadt Iphofen unter dem Motto „Kleine Stadt ganz groß“ für den behutsamen Umgang mit Baukultur, Initiativegeist und engagiertes Miteinander. Eine Anerkennung erhielt die Stadt Stadtprozelten, die mit großem Engagement, umfassender Vernetzung, Bürgernähe, integrativen Prozessen und nachhaltigem Handeln die Zukunft gestaltet.

Auch im Bayerischen Landeswettbewerb 2014 **„Modellhafte Stadt- und Ortssanierung-Lebensräume für die Bürger“** waren unsere unterfränkischen Kommunen nochmals sehr erfolgreich. Der von der Obersten Baubehörde ausgelobte Landeswettbewerb 2014 suchte



Freude über die bundesweiten Auszeichnungen (von links): Erster Bürgermeister Peter Schmitt (Amorbach), Erste Bürgermeisterin Claudia Kappes (Stadtprozelten), Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, zweiter Bürgermeister Horst Müller (Großostheim) und Erster Bürgermeister Josef Mend (Iphofen).

beispielhafte Gestaltungen von Stadt- und Gemeindeplätzen, Wegen, Grünflächen, Quartiersplätzen sowie des Wohnumfelds. Hierbei sollten im Rahmen der städtebaulichen Erneuerung neue Ziele entwickelt, Bürger begeistert und gute Ideen umgesetzt worden sein, um als Vorbilder für eine zukunftsweisende, qualitätsvolle Gestaltung im öffentlichen Raum zu dienen.

Von einer Jury aus Vertretern der Wirtschaft, Lehre, Kommunen und Verwaltung wurden von den eingereichten Beiträgen aus 74 bayerischen Städten und Gemeinden 18 Projekte ausgezeichnet, vier davon aus Unterfranken.

Zu den Preisträgern 2014 darf sich die Stadt Ochsenfurt zählen, die mit ihrer beispielhaften Sanierung des öffentlichen Raums und barrierefreien Gestaltung der gesamten Stadtmitte, auch im Sinne der Inklusion, eine qualitätsvolle Gestaltung und nachhaltige Stadtentwicklung gelungen ist. Besondere Anerkennungen erhielten der Markt Bürgstadt und die Stadt Röttingen – eine lobende Erwähnung ging an die Stadt Würzburg.

Kontakt
Tel.: 0931/380-1442
E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Daniela Kircher



Foto: Konrad Grimm

Aschaffenburg – gelungene Sanierungen im Wohnungsbestand



Die Wohnanlage am Fichtenweg 10 - 32 war zu Beginn der 70-iger Jahre ein Pilotprojekt, das vom Fachbereich Experimenteller Wohnungsbau der Obersten Baubehörde begleitet wurde. Ziel dieses Modellvorhabens war auch schon damals die Entwicklung innovativer und praxistauglicher Wohnkonzepte entsprechend dem damaligen Kenntnisstand und der zeitgenössischen Gestaltungsauffassung. Im Frühjahr 1973 war der Erstbezug. Die Bestandsgebäude präsentieren sich daher als ein typisches Kind ihrer Zeit. Nach knapp 40 Jahren hat die Stadtbau Aschaffenburg GmbH in den vergangenen zwei Jahren hier tatkräftig generalsaniert und modernisiert. Der 1. Bauabschnitt in der Fichtestraße 10 - 20 ist fertig gestellt. Das Ergebnis der aufwendigen Modernisierung kann sich wirklich sehen lassen und zeigt, dass eine gelungene zeitgemäße Architektursprache nicht nur bei einer Neubaumaßnahme möglich ist.

Der Wohnungsbestand wurde grundlegend energetisch saniert (KfW-Effizienzhaus 100 Standard) und die Haustechnik erneuert. Bisher



wurden 32 Wohneinheiten mit dem Bayerischen Modernisierungsprogramm in Höhe von 3.458.000 € (Gesamtkosten 5.006.658 €) gefördert. Die Förderung kommt in 1. Linie den Mietern zugute, denn nach der Modernisierung ist eine sozialverträgliche Miete sicherzustellen.

Aus wirtschaftlichen Gründen und unter Berücksichtigung der spezifischen Möglichkeiten des Bestandes an sich konnten keine wesentlichen Grundrissänderungen vorgenommen werden. Der energetische Lösungsansatz betrifft hauptsächlich die Gebäudehülle mit all ihren Schwächen sowie die energetische Ertüchtigung der Haustechnik wie beispielsweise der Einbau einer Pelletheizung.

Wichtig ist eine größtmögliche Barrierefreiheit in der Wohnung und im Wohnumfeld, so dass viele ältere Menschen möglichst lange in der eigenen Wohnung in ihrer vertrauten Umgebung und in ihren sozialen Nachbarschaften selbstbestimmt leben können. Ebenso wirkt sich die Einbeziehung von gestalteten Grünbereichen positiv und kontaktförderlich aus. Insgesamt verbesserte sich die Wohnqualität nach der Sanierung wesentlich und zwar für alle Altersgruppen.



Kontakt
Tel.: 0931/380-1446
E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Cornelia Breitzke

Inklusion im Museum: „Hinkommen, Reinkommen, Klarkommen ...?“

Beim 30. Unterfränkischen Museumstag ging es um den barrierefreien Zugang zu Museen

Zur Umsetzung der UN – Behindertenrechtskonvention in Bayern hat der Ministerrat am 12. März 2013 den Aktionsplan „Schwerpunkte der bayerischen Politik für Menschen mit Behinderungen im Lichte der UN – Behindertenrechtskonvention verabschiedet. Die dort unter anderem festgelegten Schwerpunkte „inklusive Bildung auf allen Ebenen“ sowie „Maßnahmen

In seiner Eröffnungsrede bekräftigte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer die besondere Chance für Museen, schrittweise Voraussetzungen zu schaffen, um in einem Museum für alle lebenslanges und generationsübergreifendes Lernen zu ermöglichen.



Auch Dr. Astrid Pellengahr, Leiterin der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, ermutigte die Fachleute, sich dem Thema Inklusion im Museum zu stellen. „Inklusion beginnt im Kopf“ betonte sie. Wichtig sei es, sich auf den Weg zu machen, wenn auch zunächst im Kleinen, z. B. mit der Kontaktaufnahme zu den Behindertenbeauftragten und Behindertenbeiräten.

Tief beeindruckt waren die Zuhörer, als die blinde ehrenamtliche Museumsführerin Angelika Mann aus Kaufbeuren erläuterte, was es ganz praktisch bedeute „Mit allen Sinnen im Museum unterwegs“ zu sein und die Ausstellungsinhalte zu hören und an Tastobjekten zu fühlen.

Kathleen Regan

„Mit allen Sinnen im Museum unterwegs“, sprichwörtlich anschaulich erläutert von Museumsführerin Angelika Mann aus Kaufbeuren; daneben Dr. Astrid Pellengahr, Leiterin der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen.

zur Barrierefreiheit in allen Lebenslagen“ richtet sich dabei gerade auch an die Museen und stellt sie vor neue Herausforderungen. Das Museum für alle ist damit gefordert.



Beim 30. Unterfränkischen Museumstag im Gespräch, von rechts: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Bezirksamtspräsident Erwin Dotzel, Dr. Astrid Pellengahr

Vor diesem Hintergrund fand am 22. Oktober 2014 der 30. Unterfränkische Museumstag für Museumsfachleute und Vertreter aus dem Kulturbereich in Marktheidenfeld statt.

Wissenswertes zum Unterfränkischen Museumstag

Seit 30 Jahren dient der Unterfränkische Museumstag als Forum für den fachlichen Austausch von hauptamtlichen und nebenamtlichen Museumsleuten im Regierungsbezirk Unterfranken. Veranstalter des Unterfränkischen Museumstages sind die Regierung von Unterfranken, der Bezirk Unterfranken und die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern. Mit seiner Themenwahl bleibt der Museumstag immer zukunftsorientiert, praxisbezogen und unterstützt damit die Museumsarbeit vor Ort, wie eine Themenauswahl zeigt: Jugend und Schulklassen im Museum, Bildungsauftrag, Inklusion im Museum, Museumskonzeptionen und Präsentationen der Museumsobjekte, Inventarisierung, die Bedeutung des Depots als Basis der Museumsarbeit, Medieneinsatz, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Der 31. Unterfränkische Museumstag 2015 findet in Münnerstadt statt.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1542

E-Mail: schulen@reg-ufi.bayern.de

Gelungene Beschulung von berufsschulpflichtigen Asylbewerbern und Flüchtlingen in Unterfranken

Bereits seit dem Schuljahr 2013/14 werden an drei Berufsschulen in Unterfranken (Aschaffenburg, Schweinfurt, Würzburg) junge Asylbewerber und Flüchtlinge ab dem 16. Lebensjahr in besonderen Klassen (sogenannte BAF-Klassen) unterrichtet. Dabei sollen die Jugendlichen die deutsche Sprache lernen und für das Berufsleben vorbereitet werden. Insgesamt konnten in dieser neuen Beschulungsform etwa 80 Jugendliche in 5 Klassen erfolgreich unterrichtet werden.

An den Berufsschulen in Aschaffenburg und Schweinfurt hat die Regierung von Unterfranken für die Beschulung von jugendlichen Asylbewerbern und Flüchtlingen eine Vorklasse zum Berufsintegrationsjahr (BIJ/V) eingerichtet; dies ist ein bayernweit neu eingeführtes Projekt.

In Kooperation mit einem Bildungsträger treten die Jugendlichen jeweils in Klassen ein, in denen intensive sprachliche Vorbereitung und bei Bedarf auch Alphabetisierung im Vordergrund stehen. Der Bildungsträger übernimmt dabei in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Berufsschulen neben der weiteren sprachlichen Förderung, die Praktikumsbetreuung und sozialpädagogische Betreuung der Jugendlichen. In Würzburg werden die Jugendlichen im ersten Jahr in zwei Klassen eines schulischen Berufsvorbereitungsjahres (BVJ/s) unterrichtet. Hier stehen der Erwerb sprachlicher Kompetenzen und eine breit angelegte Berufsorientierung

und -vorbereitung im Vordergrund. Der Unterricht findet in der Schule statt und wird von Berufsschullehrkräften und Lehrkräften mit Fakultas Deutsch als Zweitsprache (DaZ) gegeben.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer besuchte im Juni 2014 das Staatliche Berufliche Schulzentrum Alfons Goppel (BSZ Schweinfurt), um sich persönlich über die neu eingerichtete Vorklasse zum Berufsintegrationsjahr (BIJ/V) zu informieren.

Klassenleiterin Regina Wunram berichtete dabei aus dem Schulalltag mit den 15 jungen Flüchtlingen aus insgesamt sieben verschiedenen Ländern (Äthiopien, Iran, Irak, Ukraine, Afghanistan, Pakistan, Syrien): "Die Klasse ist eine der größten, gleichzeitig aber auch eine der schönsten Herausforderungen, die wir in den vergangenen Jahren hatten. Alle sind unglaublich lernbegierig und sehr freundlich. Die Schüler sind eine Bereicherung für die ganze Schule".

Deutsch sei das wichtigste Fach in der Vorklasse, ergänzt durch „integrierenden Berufsschulunterricht“ und allgemeinbildende Fächer wie Sozialkunde, Mathematik, Landeskunde, Lebenskompetenz und Musik, so die Klassenleiterin weiter. Die engagierten Lehrkräfte am BSZ Schweinfurt haben sich freiwillig für das Projekt gemeldet und bereits im Vorfeld entsprechende Fortbildungen absolviert.



Foto: Schulleitung BSZ Schweinfurt

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer spricht mit jungen Flüchtlingen.



Foto: Schulleitung BSZ Schweinfurt

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer im Gespräch mit einer Lehrkraft und der Schulleitung des BSZ Schweinfurt

Der Regierungspräsident hob den herausragenden Einsatz der Lehrkräfte und aller weiteren Beteiligten hervor, der in der Pionier- und Entwicklungsphase der neuen Maßnahme zu sehr erfreulichen Ergebnissen geführt habe. Außerdem dankte er dem Landkreis Schweinfurt und Landrat Florian Töpfer für die Bereitschaft die Klasse sehr kurzfristig am BSZ einzurichten.

Man könne aber davon ausgehen, dass die neue Aufgabe nicht nur für wenige Jahre, sondern für längere Zeit angelegt ist; darin waren sich alle Beteiligten einig.

Im Schuljahr 2014/15 wurden die Maßnahmen nun ausgeweitet. Die bereits im ersten Jahr beschulten Flüchtlinge können im zweiten Jahr

in ein sogenanntes Berufsintegrationsjahr (BIJ) eintreten. Neben der fortgeführten allgemein- und berufssprachlichen Ausbildung (Ziel ist der Mittelschulabschluss) arbeiten sie verstärkt an der Berufsvorbereitung für eine anschließende Berufsausbildung. Diese Maßnahmen werden in Kooperation mit privaten Bildungsträgern durchgeführt, die über die gesamten zwei Jahre die sozialpädagogische Betreuung übernehmen, im

ersten Jahr die Sprachförderung begleiten und schließlich im zweiten Jahr die Praktikumsstellen akquirieren und die Praktika vor Ort betreuen.

Im September 2014 hat die Regierung von Unterfranken aufgrund der großen Nachfrage an den Berufsschulen in Bad Kissingen, Haßfurt und Kitzingen drei weitere neue Vorklassen zum Berufsintegrationsjahr (BIJ/V) eingerichtet. Damit können die jungen Flüchtlinge in Unterfranken auch in der Fläche und in erreichbarer Entfernung von ihren Unterkünften ein attraktives Bildungsangebot in nun insgesamt 14 Klassen wahrnehmen.

Norbert Kornder

Kontakt

Tel.: 0931/380-1305

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de



Foto: Schulleitung BSZ Schweinfurt

Gesprächsrunde mit jungen Asylbewerbern und Flüchtlingen

„Mit Kindern für den Frieden“

Kooperatives Friedensprojekt mit dem Schullandheimwerk Unterfranken und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Im Schullandheim Thüringer Hütte nahe dem Franziskusweg fand am Mittwoch, dem 2. Juli 2014 auf Initiative von Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und mit intensiver Unterstützung der Schulabteilung der Regierung von Unterfranken erneut ein gemeinsames Friedensprojekt des Schullandheimwerks Unterfranken und des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge statt. Mit diesem Projekt, das auf den Grundgedanken „Austausch-Verständigung-Friedenssicherung“ basierte, wurde durch die enge Kooperation von Volksbund und Schullandheimwerk und unter Beteiligung der Kreuzberg-Mittelschule Bischofsheim an der Rhön ein weiterer aktiver Beitrag zur tätigen Friedenserziehung geleistet.

Friedliches Verhalten zählt mit zu den wichtigsten Erziehungszielen – und es ist lehr- und lernbar. Friedenserziehung setzt heute auf gruppendynamische Prozesse, in denen alle Mitwirkenden gemeinsam an der Lösung eines Problems arbeiten. Kinder und Jugendliche sollen so dazu befähigt werden, mit Konflikten konstruktiv umzugehen, eine Eskalation zu vermeiden und Versöhnung von Konfliktparteien wieder zu ermöglichen. Ein solches Lernen braucht das Handeln in konkreten Situationen; ein solches Lernen basiert auf konkreten Erlebnissen!



Foto: Jakob-Seufert

Jugendliche beim gemeinsamen Bau der Leonardobrücke

Sowohl das Schullandheimwerk als auch der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge haben ihre Methodik im Bereich der Friedenserziehung sehr bewusst gewählt und genau auf



Mit Kindern für den Frieden – ein gemeinsames Projekt mit dem Schullandheimwerk Unterfranken und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Foto: Jakob-Seufert

diese Ziele abgestimmt. Mit der langjährigen Erfahrung der Bildungsreferentin des Schullandheimes Thüringer Hütte Christiane Jakob-Seufert im Bereich „Philosophieren mit Kindern“ und in der Sozialerziehung konnte dieses Projekt inhaltlich gewinnbringend ausgestaltet und konkretisiert werden.

Am Vormittag philosophierten die Schülerinnen und Schüler der 8. Jahrgangsstufe der Mittelschule Bischofsheim daher zunächst über ihr Verständnis von Frieden. Im Anschluss an diese thematische Hinführung standen dann gruppendynamische Übungen im Mittelpunkt. So stellten sich die Schülerinnen und Schüler beispielsweise der Herausforderung, gemeinsam eine Brücke zu bauen, die auf eine Konstruktion Leonardo da Vincis zurückgeht. Dabei galt es viele eingebrachte Konstruktionsvorschläge in der Gruppe gemeinsam zu ordnen, zu reflektieren und kooperativ zu einer Lösung zu kommen. Eine anschließende Reflexionsrunde ermöglichte es den Jugendlichen zu erkennen, welche Verhaltensweisen sich in Konfliktsituationen eher eskalierend und welche sich eher deeskalierend auswirken können. Die Jugendlichen konnten auf diese Weise nicht nur erkennen, sondern auch verstehen, dass Frieden stets konkret erungen, erlernt und gelebt werden muss.

In der benachbarten Kapelle des Franziskusweges dankte Regierungspräsident Dr. Beinhofer in seiner Doppelfunktion als Schirmherr des Schullandheimwerks Unterfranken und als Bezirksvorsitzender des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge allen Beteiligten, dass dieser Tag der Friedenserziehung gewidmet und ein neues Modul der Friedenserziehung mit Vorbildwirkung auf den Weg gebracht wurde. „Damit ist einen weiteren Beitrag zur Friedenssicherung geleistet worden, denn in der Zukunft sind es die jungen Menschen, welche den Frieden sichern, und die gegen unmenschliches Handeln auf dieser Welt aktiv eintreten müssen“, meinte er.

Als beispielhaft benannte er in diesem Zusammenhang das Verhalten der Schülerinnen und Schüler aus Bischofsheim, die zu Beginn dieses Nachmittags auf der Wiese vor der Kapelle eine weitere ihnen gemeinsam gestellte Aufgabe gemeinsam und fair gelöst hatten. „Ihr habt bei der euch gestellten Aufgabe alles richtig gemacht! Ihr habt euch gegenseitig wahrgenommen und respektiert; habt dem anderen zugehört und seid so zu einer für alle Beteiligten akzeptablen Lösung gekommen – und das ganz ohne Auseinandersetzung. Genau so geht Friede!“, lobte Dr. Beinhofer die Jugendlichen. „Das Reflektieren über die Voraussetzungen für ein friedvolles Miteinander und das Nachdenken über den Frieden heute Vormittag haben sicher ein ganzes Stück weit dazu beigetragen, dass ihr

eure Aufgabe in einem friedfertigen Miteinander lösen konntet“.

Zum Schluss seiner Rede lenkte der Regierungspräsident die Aufmerksamkeit aller Anwesenden auf das gläserne Tau, das in der Kapelle des Franziskusweges angebracht wurde und seit Franziskus von Assisi eng mit der Bedeutung „Pax et bonum – Pace e bene – Friede und Heil!“ verbunden ist.

Margit Holzgartner

Foto: Jochen Heilmann



Übung: Der Wanderer – Miteinander kooperieren und aufeinander achten!

Kontakt

Tel.: 0931/380-1359

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

Gebietsbetreuer im Naturschutz – ein Erfolgsmodell

Von den bayernweit 36 Gebietsbetreuern in ökologisch besonders bedeutsamen Gebieten sind vier in Unterfranken aktiv, um auf den Wert besonderer Lebensräume aufmerksam zu machen, Akzeptanz für Naturschutzmaßnahmen zu vermitteln und in einem kooperativen Ansatz konkrete Maßnahmen umzusetzen. Die Aufgaben der Gebietsbetreuer reichen von Öffentlichkeitsarbeit, Umweltbildung und Besucherlenkung über ökologische Beobachtung bis zum Konflikt- und Landschaftsmanagement. Die Gebietsbetreuerstellen werden von der Stiftung Bayerischer Naturschutzfonds gefördert. Die Arbeit der Gebietsbetreuer ist für den Naturschutz längst ein unverzichtbares Element bei der konkreten Umsetzung seiner vielfältigen Aufgaben geworden. Die Gebietsbetreuer sind ein echtes Erfolgsmodell des Naturschutzes!

1. Gebietsbetreuerin für die Trockengebiete auf Muschelkalk

Projekträger: Landschaftspflegeverbände Würzburg und Main-Spessart



Foto: K. Isberner

Führung in den mainfränkischen Trockengebieten

Die Mainfränkischen Trockenrasen gehören zu den artenreichsten Lebensräumen Europas. Diese Schätze unserer Heimat und ihre Pflegemaßnahmen im Auftrag des amtlichen Naturschutzes bekannt zu machen, gehört zu den Hauptaufgaben der Gebietsbetreuerin Christiane Brandt. Da die Magerrasen hauptsächlich durch Beweidung entstanden sind, ist dieses Thema ein Schwerpunkt ihrer Arbeit. Bei ihren Exkursionen bindet sie – wo möglich – Schäfer



Foto: T. Kirchner

Bergwiesenmosaik im NSG Lange Rhön

und andere Weidetierhalter und deren Tiere mit ein. Dadurch wird der Zusammenhang des Erhalts unserer Kalkmagerrasen mit der Existenz von Schäfern und anderen Beweidern hautnah erlebbar.

Besondere Schwerpunkte und Highlights im Jahr 2014 waren:

- die Fertigstellung und Herausgabe des „Leitfadens für Beweidung von Gemeindeflächen“,
- die Begleitung der Schäfer und anderer Tierhalter im Gelände mit hautnaher Erfahrung ihres Könnens und den äußeren Widrigkeiten sowie die vielen gut besuchten Exkursionen mit neu entfachter Freude und Stolz auf unsere „Heimatschätze“.



Foto: C. Brandt

Schäfer bei Ochsenfurt

2. Gebietsbetreuer für die Agrarlandschaft Mainfranken

Projekträger: Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V.

Das Einsatzgebiet von Marc Sitkewitz als Gebietsbetreuer für die Agrarlandschaft Mainfranken erstreckt sich ungefähr von Schweinfurt im Norden über Würzburg bis Uffenheim im Süden und beinhaltet damit die Lösslagen der Mainfränkischen Platten. Es umfasst eine Fläche von ca. 1.400 km². Aufgrund der Größe des Gebietes erfolgt eine eindeutige Prioritätensetzung:



Freiwillige Helfer im Dammbachtal

- auf die aus Naturschutzsicht vorrangigen Arten Wiesenweihrauch, Feldhamster, Ortolan und Grauammer,
- auf effiziente Methoden der Öffentlichkeitsarbeit (Presseartikel, Homepage, Vorträge und Ausstellungen in Verbreitungsschwerpunkten),
- auf ein erfolgreiches Konfliktmanagement: Intensive Beratung und Kontakt zu den örtlichen Landwirten sowie sonstigen Planungsträgern (z. B. Energieversorger bezüglich Biogasproblematik, Gemeinden im Rahmen der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung) sowie dem Bayerischen Bauernverband (BBV).



Jägerschaft, den betroffenen Verbänden sowie wissenschaftlichen Institutionen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit im Jahr 2014 war die Mitarbeit und Betreuung der Wiesenbrüterkartierung im Naturschutzgebiet Lange Rhön. Ein echtes Highlight waren zudem die Dreharbeiten für einen großen Naturfilm in der ARD/arte Koproduktion „Wildes Deutschland“.

Ein besonderes Highlight der Arbeit im Jahr 2014 waren die Multiplikatorenschulungen von ca. 80 Lehrkräften in der Handhabung der an alle Würzburger und Kitzinger Grundschulen verteilten Naturerlebniskoffer „Agrarlandschaft“.

3. Gebietsbetreuer für das Naturschutzgebiet Lange Rhön

Projekträger: Wildland Stiftung Bayern.

Als Gebietsbetreuer leistet Torsten Kirchner einen unverzichtbaren Beitrag zur nachhaltigen Sicherung und Entwicklung des größten zusammenhängenden außeralpinen Naturschutzgebiets in Bayern, der „Langen Rhön“. Ausgehend von diesem Kerngebiet werden weitere Flächen, auch in Hessen und Thüringen, entwickelt. Wichtige Aufgaben des Gebietsbetreuers sind u.a.:

- die Initiierung von umfangreichen Landschaftspflegemaßnahmen im Naturschutzgebiet Lange Rhön und darüber hinaus im gesamten Lebensraum des Birkhuhns,
- die Brutvogelkartierungen im Europäischen Vogelschutzgebiet (SPA) Bayerische Hohe Rhön und
- die Zusammenarbeit mit den Naturschutzbehörden, den drei Verwaltungsstellen des Biosphärenreservats Rhön (Bayern, Hessen, Thüringen), dem Verein Naturpark und Biosphärenreservat Bayerische Rhön, den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF), den Bayerischen Staatsforsten (BaySF), den Bundesbehörden am Truppenübungsplatz Wildflecken, der



4. Gebietsbetreuung für Grünland im Naturpark Spessart

Projekträger: Naturpark Spessart e.V.

Wiesentäler und Rodungsinseln mit Extensivgrünland stellen in der Kulturlandschaft Spessart echte Hotspots der Artenvielfalt und zugleich wichtige Biotopverbundlinien dar. Große Teile des Spessart-Grünlands sind als FFH- oder Naturschutzgebiete ausgewiesen. Wie in vielen Mittelgebirgen führt der Strukturwandel jedoch seit Jahrzehnten zum Rückzug oder zur Intensivierung ehemals naturverträglicher Grünlandnutzungen. Die Gebietsbetreuer Christian Salomon und Torsten Ruf unterstützen Landwirte bei der Wiederherstellung oder Optimierung von Grünlandnutzungen unter besonderer Berücksichtigung naturschutzfachlicher Ziele. Auf öffentlichen Exkursionen, Infoständen und über Pressearbeit stellen Sie die Bedeutung von Grünland sowie Positivbeispiele vor.

Besondere Highlights der Arbeit im Jahr 2014 waren:

- das Arnika-Projekt auf der Weikertswiese,
- die tolle Zusammenarbeit mit Schäfern, Rinderhaltern und dem „Büffelflüsterer“ und
- das überwältigende Interesse am Wasserbüffelprojekt – vom Fernsehen über ausgebuchte Exkursionen bis zum kleinen Mädchen im Gasthaus „Lichtenau“, das die Zeitungsberichte gesammelt und aufgeklebt hat.



Wasserbüffelbeweidung im Hafenlohrtal



Über den Naturerlebniskoffer „Agrarlandschaft“ freuen sich BBV-Kreisobmann H. Brell, stellv. Landrätin E. Schäfer, J. Sieger und M. Sitkewitz vom LBV sowie S. Spitzhüttl, Spitzhüttl Home Company (von links).

Kontakt
Tel.: 0931/380-1169
E-Mail: umwelt@reg-ufr.bayern.de

Dr. Thomas Keller

Sanierung einer ehemaligen Hausmülldeponie des Landkreises Würzburg in Ochsenfurt

Der Landkreis Würzburg betrieb nach der Landkreisreform eine bereits zuvor existente Hausmülldeponie in einem alten Sandsteinbruch in der Gemarkung Ochsenfurt mit Genehmigung der Regierung von Unterfranken bis Ende 1978 weiter. Auf einer Fläche von etwa 12.500 m² wurden schätzungsweise 55.000 bis 60.000 m³ Abfälle abgelagert. Durch Aufbringung einer mehr als 1 m mächtigen Erdabdeckung und anschließender Teilaufforstung wurde die Deponie 1983 rekultiviert. Die Mitte der 1990er Jahre im Umfeld der Deponie errichteten Grundwassermessstellen wurden in der Folgezeit regelmäßig beprobt.

Im Rahmen des vorsorgenden Grundwasserschutzes entschloss sich das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg in Abstimmung mit der Regierung von Unterfranken als abfallrechtliche Genehmigungsbehörde, die Deponie zu sanieren. Damit soll zukünftig das Eindringen von Regenwasser in den Deponiekörper und das weitere Herauslösen von Schadstoffen minimiert werden.

Am 21.05.2013 erteilte die Regierung die abfallrechtliche Plangenehmigung für das Aufbringen einer ergänzenden Oberflächenabdeckung.

Im Februar 2013 wurden nach Vorliegen der Rodungsgenehmigung zunächst die auf dem Deponiekörper befindlichen Bäume und Sträucher gerodet und später die Wurzelstöcke entfernt. Durch die anschließende Grobprofilierung erhielt die Deponie eine leichte Kuppenform. Der hierfür benötigte Erdaushub konnte vom Autobahnausbau A7 akquiriert werden. In die Profilierungsschicht wurden zwei sternförmige mit Schotter gefüllte Entgasungsrigolen mit je einem Auslass für austretendes Deponiegas eingebracht. Die profilierte Deponie bekam nun eine aus zwei Lagen bestehende insgesamt 50 cm mächtige Abdichtung aus Lößlehm, der aus Erdbaumaßnahmen in einem etwa 15 km entfernten Gewerbegebiet stammte. Auf dieser Deponieabdichtung wurde eine insgesamt 1,5 m mächtige Rekultivierungsschicht mit einem auf der Abdichtung verlaufenden, mit Schotter gefüllten Entwässerungsrigolensystem errichtet. Mit diesem System wird das die Rekultivierungsschicht durchdringende Niederschlagswasser ausgeleitet und eine Durchsickerung der Abdichtung unterbunden. Das für die Rekultivierungsschicht benötigte Erdmaterial einschließlich des Oberbodens stammte größtenteils vom Autobahnausbau A7 sowie A3.

Entstehendes Deponiegas wird aus dem Deponiekörper über zwei das Abdichtungssystem durchdringende Gasauslässe abgeleitet. Zur Vermeidung von Gerüchen sind die Gasauslässe mit jeweils einem in die Rekultivierungsschicht integrierten Biofilter (Rindenmulchfüllung) versehen.

Die Sanierung der ehemaligen Hausmülldeponie wurde im Frühsommer 2014 mit einer Grasansaat abgeschlossen. Die Randbereiche der sanierten Hausmülldeponie sollen sich als Sukzessionsflächen entwickeln können.

Insgesamt wurden etwa 27.000 m³ Erdmaterial benötigt. Die Kosten der Sanierungsmaßnahme belaufen sich dennoch nur auf schätzungsweise 160.000 €. Durch die Nutzung des beim Autobahnbau und in dem nahe gelegenen Gewerbegebiet angefallenen Erdmaterials konnten Einsparungen im sechsstelligen €-Bereich erzielt werden.

Die Sanierung kann damit wegen der Kombination von Effizienz und Wirtschaftlichkeit als Beispiel gebend angesehen werden.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1277

E-Mail: umwelt@reg-uf.fr.de



Blick auf die noch nicht sanierte Deponie im Jahr 2003 (Foto: Hardy Rückert)



Einbau der Rekultivierungsschicht im Juli 2013 (Foto: Hardy Rückert)



Blick auf die sanierte Deponie im Oktober 2014

„Backen für das Grundwasser“

Neue Wege der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ

„Panis et aqua vita beata“ – Wasser und Brot ist das glückselige Leben. Mit diesem Zitat schnitt Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer im November 2014 zusammen mit den Bäckermeistern Franz-Josef und Matthias Engel und dem Landwirt Klaus Höfling im Beisein von Vertretern aus Verbänden und Behörden das erste „Wasserschutzbrot“ an.



Foto: Nicole Weik

Schmeckt und schont das Grundwasser: Die Banderole wirbt für den Grundwasserschutz.

Der Anlass

Aufgrund der klimatischen und geologischen Voraussetzungen in Unterfranken sind trotz vielfältiger Anstrengungen nach wie vor weite Bereiche des Grundwassers wegen der Nitratbelastung gefährdet. Zwar konnte die Rohwasserqualität in den knapp 900 Quellen und Brunnen der weit über 300 unterfränkischen Wasserversorger – auch dank der vielfältigen regionalen und lokalen Aktivitäten der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ – deutlich verbessert werden. Trotzdem besteht weiterer Handlungsbedarf.

Beim Schutz des Grundwassers ist die Landwirtschaft einer der wichtigsten Akteure. Etwa 42% der Fläche Unterfrankens werden derzeit landwirtschaftlich genutzt. Dabei kann der Anbau von Backweizen problematisch sein. Beim Weizen ist der Eiweißgehalt im Korn der maßgebliche Indikator für „Qualität“ und letztlich auch den Preis des Getreides. Um einen hohen Eiweißgehalt für gute Backeigenschaften zu erzielen, erfolgt regelmäßig kurz vor der Ernte eine umfängliche Düngegabe mit mineralischem Stickstoff. Die späte Ausbringung bedeutet aber auch, dass nach der Ernte mehr Stickstoff auf den Feldern zurückbleibt. Und damit steigt auch die Gefahr der Auswaschung von Nitrat in das Grundwasser.

„Dieses Brot schont unser Grundwasser“

Für das Projekt hat sich Landwirt Klaus Höfling aus Heßlar verpflichtet, auf seinem Acker im Trinkwassereinzugsgebiet Werntal auf die letzte Stickstoffdüngung vor dem Drusch des Brotweizens zu verzichten.

Der weniger gedüngte Backweizen hat allerdings einen geringeren Gehalt an Klebereiweiß, das Mehl hat folglich nicht die optimalen Backeigenschaften. Diesen „Malus“ gleicht der Bäckermeister Matthias Engel aus Retzstadt im Landkreis Main-Spessart mit handwerklichen Geschick aus: „Wir geben dem Teig einfach mehr Zeit und führen ihn über Nacht“. Das erzeugte Brot schmeckt nicht nur hervorragend, sondern schont auch das unterfränkische Grundwasser.

Letzten Endes entscheiden aber die Verbraucher an der Ladenkasse über die Akzeptanz des „Wasserschutzbrotes“. Die durchgeführten Kundenbefragungen sind bisher durchwegs positiv.

Kooperationspartner gesucht

Das Projekt soll mit weiteren Partnern aus Landwirtschaft und Bäckerhandwerk ausgeweitet werden. Dabei unterstützen der unterfränkische Bauernverband, die Handwerkskammer und die Bäckerinnung die AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ.

Landwirte und Bäcker, die mitmachen, schützen unser Lebensmittel Nummer 1, das Wasser. „Die Herstellung, Verarbeitung und der Verkauf qualitativ hochwertiger Produkte wie das „Wasserschutzbrot“ erhöhen die regionale Wertschöpfung, sie schonen aber auch unsere Ressourcen und die Umwelt.“ Das hob Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer besonders hervor, bevor er sich das leckere Brot schmecken ließ.



Foto: Nicole Weik

Bäckermeister Matthias Engel ist stolz auf sein Wasserschutzbrot, hergestellt aus grundwasserschonend angebautem Weizen.



Weitere Informationen über die Aktivitäten der Regierung von Unterfranken im Rahmen ihrer „AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ – Trinkwasser für Unterfranken“ können im Internet unter www.aktiongrundwasserschutz.de abgerufen werden.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1365

E-Mail: umwelt@reg-ufr.bayern.de

Christian Guschker

Abschluss und Auftakt zugleich

Das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön feiert seine Erweiterung und erfolgreiche Evaluierung und beginnt mit der Erstellung des neuen Rahmenkonzepts.

In den festlichen Rossini-Saal des Kurhauses Bad Kissingen hatte die Bayerische Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz Ulrike Scharf (MdL) am 20. November 2014 eingeladen, um die erfolgreiche Evaluierung und die Erweiterung des UNESCO-Biosphärenreservats Rhön zu feiern. Der Festakt war Abschluss und Auftakt zugleich: Abschluss eines intensiven Arbeitsprozesses zur Erweiterung und Auftakt für die Erstellung des neuen Rahmenkonzepts.



Foto: Anand Anders

Zahlreiche Akteure und Wegbegleiter des Biosphärenreservats Rhön waren zur Festveranstaltung gekommen.

In ihrer Festansprache unterstrich die bayerische Umweltministerin die Bedeutung der Biosphärenreservate als wichtigste Laboratorien für die Zukunft auf der Erde: „Die Rhön ist das bayerische Aushängeschild für nachhaltige Entwicklung. Ökologie und Ökonomie sind hier keine Gegensätze.“ Die Urkunden zur positiven Evaluierung und zur Anerkennung der Erweiterung durch die UNESCO übergaben die

Biosphärenreservat Rhön



Vorsitzende des MAB-Nationalkomitees (MAB: Man and the Biosphere) Dr. Christiane Paulus und UNESCO Division Director Han Qunli, der in Paris für die globale Koordinierung der UNESCO-Biosphärenreservate verantwortlich ist. Dr. Paulus bezeichnete das Biosphärenreservat Rhön als nachahmenswertes Modell, das an die Gemeinschaft der Biosphärenreservate weitergegeben werden kann. Han Qunli betonte das internationale Ansehen der Rhön. In Fachkreisen werden die Erfahrung und die Expertise aus dem Biosphärenreservat Rhön weltweit geschätzt.

Eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre wird die Erstellung eines neuen Rahmenkonzeptes für das erweiterte UNESCO-Biosphärenreservat Rhön sein. Es soll bis 2017 erarbeitet werden und dann die Weichen für mindestens ein weiteres Jahrzehnt stellen. Die Leiter der Verwaltungsstellen der drei Rhön-Bundesländer Michael Geier (Bayern), Torsten Raab (Hessen) und Karl-Friedrich Abe (Thüringen) erläuterten die geplante Vorgehensweise und forderten die Bürgerinnen und Bürger auf mitzumachen. Die „gute Benotung durch die UNESCO“ sei eine Bestätigung, aber auch ein Ansporn, die Rhön langfristig „lebenswert und lebensfähig“ zu erhalten.

Julia Rösch

Kontakt

Tel.: 0931/380-1668
E-Mail: brhoen@reg-ufv.bayern.de



Foto: Anand Anders

UNESCO Division Director Han Qunli überreicht die Erweiterungsurkunde an die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf. Abteilungsleiter Andreas Koch (Hessen, links im Bild) und stellvertretende Referatsleiterin Britta Krämer (Thüringen, 2. v. l.) vertreten die Umweltministerien ihrer Länder. Im Hintergrund: Dr. Christiane Paulus (rechts) und Moderatorin Gisela Oswald (2. v. r.)

Das Gewerbeaufsichtsamt präsentiert sich auf der Unterfrankenschau in Schweinfurt

Schwerpunktthema „Spielzeugsicherheit“ lockte viele Messebesucher an



Nachdem wir uns bei zwei Messen mit dem Thema Chemikaliensicherheit präsentiert hatten, waren wir bei unserer dritten Teilnahme als Aussteller auf der Unterfrankenschau in Schweinfurt erstmals mit dem Thema „Spielzeugsicherheit“ vertreten.

Wie erhofft stellte sich unser Kranspiel als Publikumsmagnet heraus. Hier konnten die kleinen Besucher einen Holzwürfel mit dem Kranhaken aufnehmen und auf ein Symbol auf der Tischplatte absetzen. Bei richtiger Beantwortung einer vom Standpersonal gestellten Frage zum Thema Spielzeugsicherheit winkte ein Plüschhase als Gewinn.

Die bunte Tischplatte, die mit vielen Spielzeugfiguren und Fahrzeugen aus dem Themenbereich „Baustelle“ dekoriert war, zog die Kinder und so manchen Erwachsenen magisch an, so dass sich oft eine Warteschlange bildete.

Die Sicherheit von Spielzeug stieß beim Publikum auf offene Ohren, hatten sich doch die Wenigsten bisher Gedanken darüber gemacht. Unsere Frage, was die beiden Buchstaben „CE“ bedeuten, wurde oft mit „Certified Example“ oder „China Export“ an Stelle der richtigen Antwort „Communauté Européenne“ – Europäische Gemeinschaft – beantwortet. Das CE-Kennzeichen wurde von den Besuchern oft als Gütesiegel missverstanden, seine richtige Bedeutung als verpflichtender „Technischer Reisepass“, das die Freiverkehrsfähigkeit entsprechend gekennzeichnete Industrieerzeugnisse im Europäischen Binnenmarkt zum

Ausdruck bringt, kannten nur die Wenigsten. Dagegen waren sich viele Besucher der Aussagekraft des freiwilligen GS-Zeichens als echtes Sicherheitszeichen, bei dem eine vom Hersteller unabhängige Stelle dem Produkt die Sicherheit bescheinigt, bewusst.

Neben dieser zugegebenermaßen abstrakten Frage versuchten wir die Besucher auf Strangulationsgefahren durch zu lange Bänder und Schnüre an Spielzeugen, Gehörschäden durch zu lautes Klangspielzeug oder die Gefahr schwerer Darmverletzungen durch Verschlucken von Magneten hinzuweisen. Den Unterschied zwischen Spielzeug, welches wegen der darin enthaltenen verschluckbaren Kleinteilen für Kinder unter drei Jahren nicht geeignet ist und solchem, das für diese Altersgruppe sicher ist, kannten erstaunlich viele Kinder.

Falls wir ihr Interesse geweckt haben, können Sie uns im nächsten Jahr auf der Mainfrankenmesse 2015 in Würzburg besuchen. Sie dürfen gespannt sein, welches Schwerpunktthema das Gewerbeaufsichtsamt dann präsentieren wird.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1873

E-Mail: dezernat4@reg-ufr.bayern.de

Spielend die Spielzeugsicherheit kennenlernen. Mit sichtlichem Vergnügen machten auch unsere Politikvertreter von diesem Angebot Gebrauch.

VI.n.r.: Landrat Thomas Habermann, Landrat Florian Töpfer, Staatssekretär Gerhard Eck, Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Staatssekretär Franz Josef Pschierer



Michael Wolf

Gewerbeaufsichtsamt



Bayerischer Arbeitsschutztag 2014 – Forum bayerische Gewerbeaufsicht

Im Jahr 2013 begann der bayerische Arbeitsschutztag, der bisher immer in der Landeshauptstadt München abgehalten wurde, seine Reise durch die sieben Regierungsbezirke. Nach Regensburg im vergangenen Jahr machte das Forum der bayerischen Gewerbeaufsicht heuer Station in Unterfranken. Da traf es sich gut, mit Würzburg und seiner Residenz ein adäquates Ensemble und ein Weltkulturerbe anbieten zu können.



Arbeitschutzstrategie) dafür, das Projekt unter bayerischer Federführung so konstruktiv und aus heutiger Sicht erfolgreich ausgearbeitet zu haben.

Die Ehrengäste, die Vertreter von Verbänden und Vereinen begrüßte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer sehr herzlich. Er betonte wie wichtig es sei, in den Unternehmen und Betrieben auf eine angepasste und funktionale Arbeitsschutzorganisation zu achten. Nur so können die gestiegenen Anforderungen an die Gefährdungsbeurteilung, auch unter Einbeziehung psychischer Belastungen, erkannt und vermindert oder sogar vermieden werden.

Der Präsident des bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Dr. Andreas Zapf, betonte in seiner Begrüßung die Vielschichtigkeit der Blickwinkel unter denen dieser Arbeitsschutztag die Organisation des Arbeitsschutzes beleuchtet wird. Gerade als Mitorganisator und Präsident eines Landesamts freue er sich über die Besucher, die aus allen bayerischen Landesteilen nach Würzburg gefunden haben.

Bayern hat an prominenter Stelle das als „GDA Orga“ bezeichnete Handlungsfeld der gemeinsamen deutschen Arbeitsschutzstrategie der zweiten Periode begleitet. Der Vorsitzende des Ausschusses, Andreas Zapf vom bayerischen Sozialministerium, referierte über den Einsatz eines modernen Werkzeugs, den „GDA Orga Check“. Mit diesem internetbasierten Selbstbewertungssystem können insbesondere kleine



So konnten am 09. Oktober weit mehr als 200 Teilnehmer beim bayerischen Arbeitsschutztag im ovalen Saal der Residenz willkommen geheißen werden. Ein neuer Besucherrekord.

Das atemberaubende Treppenhaus mit dem weltberühmten Deckengemälde des Tiepolo und ein entspanntes „Get together“ im barocken Fürstensaal vermittelten unter den Besuchern eine gelöste, würdige Grundstimmung in Erwartung interessanter Vorträge.

Diese Erwartung wurde nicht enttäuscht.

Emilia Müller, die bayerische Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Frauen, ließ es sich nicht nehmen, den Arbeitsschutztag persönlich zu eröffnen. Mit großer Fachkompetenz umriss die Staatsministerin das Motto des Arbeitsschutztages – Arbeitsschutz zukunftsicher gestalten – mit seiner weitreichenden Bedeutung. Sie dankte den Trägern der GDA (Gemeinsame Deutsche



Ein Augenschmaus: Treppenhaus mit Tiepolo Deckengemälde



Beim Bayerischen Arbeitsschutztag 2014 im Ovalsaal der Würzburger Residenz: V.l.n.r. Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, Staatsministerin Emilia Müller, Abteilungsleiterin I im StMAS Ministerialdirigentin Ingrid Kaindl und der Präsident des Landesamtes für Gesundheitsschutz und Lebensmittelsicherheit Dr. Andreas Zapf

und mittlere Unternehmen an die nicht immer einfachen Problemstellungen herangeführt werden. Charmant ist auch der Ansatz sich nach der Beantwortung weniger Fragen direkt unter verschiedenen Kriterien mit Betrieben gleicher Größe oder der gleichen Branche vergleichen zu können.

Ein echtes Arbeitsschutzmanagementsystem in einem Kleinbetrieb – geht das? Bernhard Schmitt, Geschäftsführer der Glöckler GmbH in Alzenau, hat genau das belegt. Mit OHRIS, dem in Bayern entwickelten Occupational Health and Risk Management System auf der Erfolgsspur? Ein Selbstläufer und trivial ist das leider nicht. Leidenschaft, Authentizität, die Mitarbeiter wertschätzen und mitnehmen, ein großer Strauß an nachahmungswürdigen Beispielen wurden den staunenden Zuhörern eindrucks- und humorvoll präsentiert.

Arbeitsschutz ist in den Unternehmen etabliert und dennoch fühlt sich mancher Fachmann wie Don Quijote beim Kampf gegen die Windmühlen. Nachhaltiges Handeln ist notwendig, wenn es um die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen geht. Dr. Klaus Büdicker von der Schaeffler Technologies AG in Schweinfurt, beschrieb aus seiner jahrzehntelangen Erfahrung wie nachhaltige Sicherheitsstrategien helfen den Unternehmenserfolg zu garantieren.

Ein eher trocknes und sehr ernstes Thema mit Leben erfüllt hat Dr. Klaus Gregor, ehemaliger Richter am Amtsgericht in Würzburg. Verantwortung für den Arbeitsschutz aus Sicht eines Richters, beinahe metaphorisch verpackt in farbigen Aktendeckeln. In einer unnachahmlichen, sachlich verschmitzten und schalkhaft korrekten Art hielt er den anwesenden Fach- und Führungskräften den Spiegel vor und gab Tipps wie man es vermeidet, ein Teil des Inhalts eines roten Aktendeckels zu werden. Denn dieser steht für Körperverletzung oder Todesfälle.

Mit einer Podiumsdiskussion endete eine wirklich abwechslungsreiche, spannende und informative Veranstaltung. Für Interessierte stehen die Vorträge auf der Internetseite der Regierung von Unterfranken zur Verfügung.

Wir freuen uns schon jetzt auf den bayerischen Arbeitsschutz 2015, der ganz sicher uns Unterfranken und viele Besucher aus anderen Teilen Bayerns ins Schwabenland locken wird

Dr. Günther Gaag

Kontakt

Tel.: 0931/380-1801

E-Mail: gaa@reg-ufr.bayern.de

Es war ein optisch ansprechendes, aber ungenutztes historisches Bauwerk, das durch eine Nutzungsänderung zu neuem Leben erweckt werden sollte.

Die Umbauarbeiten waren im vollen Gange, als ein Mitarbeiter des Gewerbeaufsichtsamtes mit der Bauleitung eine Sicherheitsbegehung durchführte.

Aufgrund des Alters des Gebäudes konnte der Bauherr davon ausgehen, dass kaum mit Schadstoffen in der Bausubstanz zu rechnen war. So war man doch erstaunt, dass die Gewerbeaufsicht Bedenken hinsichtlich des Fußbodens äußerte. Um sicher zu gehen, ließ der Bauherr eine Materialprobe untersuchen.

Das Ergebnis war niederschmetternd – mehrere hundert Quadratmeter Fußbodenestrich enthielten Asbest. Die Bauarbeiten in den betroffenen Bereichen wurden vorläufig durch das Gewerbeaufsichtsamt eingestellt, um eine Gefährdung der Bauarbeiter auszuschließen.

Die Gefahrstoffverordnung lässt es nicht zu, dass dieser Fußboden bei einer so umfassenden Sanierung im Gebäude verbleibt. Das Entfernen des Bodens bedeutete aber einen massiven Eingriff in die Bausubstanz.

Asbesthaltige Abfälle müssen staubdicht in zugelassenen Behältnissen, wie zum Beispiel diesem Big Bag, verpackt werden.



„versteckt unter einer Staubschicht befindet sich der asbesthaltige Fußboden in vielen Räumen“

Gemeinsam suchten Bauherr, Baubehörde, Denkmalschutz und Bausachverständige mit dem Gewerbeaufsichtsamt nach einer einvernehmlichen, technisch machbaren Lösung.

Schließlich wurde der asbesthaltige Estrich unter Einhaltung der aufwändigen Arbeitsschutzmaßnahmen vollständig durch eine Spezialfirma ausgebaut.

Der Bauherr konnte im Anschluss guten Gewissens die Umbauarbeiten weiterführen, um später den Nutzern ein gesundheitlich unbedenkliches Gebäude zu übergeben.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1832

E-Mail: dezernat2@reg-ufr.bayern.de



„überraschendes Ergebnis der Untersuchung – der Fußboden im großen Saal ist asbesthaltig“

Lachgas wird in der Zahnmedizin seit mehr als 150 Jahren eingesetzt und erfreut sich auch in Deutschland zunehmender Beliebtheit. Angstpatienten wird zunehmend von Zahnärzten eine spezielle „Behandlung“ mit Lachgas angeboten, um sie zu beruhigen (sedieren) und ihnen damit die Angst vor der Behandlung zu nehmen. Doch was verbirgt sich hinter der Lachgassedierung und was sollten Sie dabei beachten?

Im Gegensatz zur Anästhesie ist die Lachgassedierung keine Narkose, die den Patienten empfindungslos gegenüber Schmerzen macht, sondern in erster Linie eine Beruhigung. Mit dieser Beruhigung verbunden ist eine geringere Empfindlichkeit für Schmerzen. Eine eventuelle lokale Betäubung ist zusätzlich notwendig. Der Patient wird bei der Lachgassedierung in einen Zustand der Entspannung versetzt, in dem er keine Angst mehr vor der bevorstehenden Zahnbehandlung verspürt. Er ist dabei noch ansprechbar und nimmt seine Umwelt wahr.



Patient mit Nasenmaske (Doppelmaske) und Messung der Lachgaskonzentration in der Luft

Bei der Lachgassedierung wird dem Patienten über eine Nasenmaske ein Gemisch aus Lachgas (N_2O) und Sauerstoff (O_2) zugeführt. Durch das Einatmen des Gasgemisches fühlt er sich bereits nach wenigen Atemzügen leicht und entspannt. In diesem Zustand kann der Zahnarzt die eigentliche Behandlung durchführen, wobei das Gasgemisch vom Patienten durchgehend eingeatmet wird. Nach Abschluss der Behandlung atmet der Patient reinen Sauerstoff ein, um das Lachgas aus dem Körper zu verdrängen. Es braucht nicht vom Körper abgebaut zu werden, sondern ist nach ca. 15-30 Minuten abgeatmet.

Obwohl die Lachgassedierung den Patienten sorglos machen soll, darf sie keinesfalls ohne die Beachtung einiger Anforderungen angewandt werden. So muss z.B. der Zahnarzt eine spezielle Schulung zur Lachgassedierung

absolvieren und das Personal der Zahnarztpraxis entsprechend eingewiesen sein.

Als Patient werden Sie vorher vom Zahnarzt befragt. Hiermit wird festgestellt, ob Sie ein Risikopatient sind und damit die Lachgassedierung eventuell nicht möglich ist. Während der Behandlung werden Puls, Blutdruck und die Sauerstoffsättigung des Patienten überwacht. Das Mischungsverhältnis von Lachgas und Sauerstoff und die dadurch verursachte Sedierungstiefe sind zu prüfen.

Auch der Arbeitsschutz ist ein wichtiges Thema bei der Lachgassedierung. So sind Zahnarzt und Angestellte dem entweichenden Lachgas ausgesetzt und bei einer zu hohen Exposition gesundheitsgefährdet. Untersuchungen der Berufsgenossenschaft Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege haben ergeben, dass eine Gefährdung der Mitarbeiter nicht unwahrscheinlich ist. Um eine zu hohe Lachgasexposition der Mitarbeiter zu verhindern sind einige Punkte zu beachten.

So müssen die Nasenmasken beim Patienten dicht anliegen um ein Austreten von Lachgas zu vermeiden. Es sollten außerdem Doppelmasken verwendet werden, die mit einer separaten Absaugung für die ausgeatmete Luft ausgestattet sind. Dafür ist eine ausreichende Absaugung am Behandlungsstuhl notwendig. Der Patient ist anzuweisen nur durch die Nase zu atmen und damit möglichst wenig Lachgas durch den Mund in die Umgebung abzugeben. Auf eine ausreichende Raumbelüftung während und nach der Behandlung ist ebenfalls zu achten.

Um die Lachgasexposition im Bereich der Mitarbeiter zu überwachen, sind Messungen mittels elektronischen Messgeräten mit direkter Anzeige der Lachgasexposition möglich. Damit kann die Einhaltung der Grenzwerte unmittelbar sichergestellt werden.

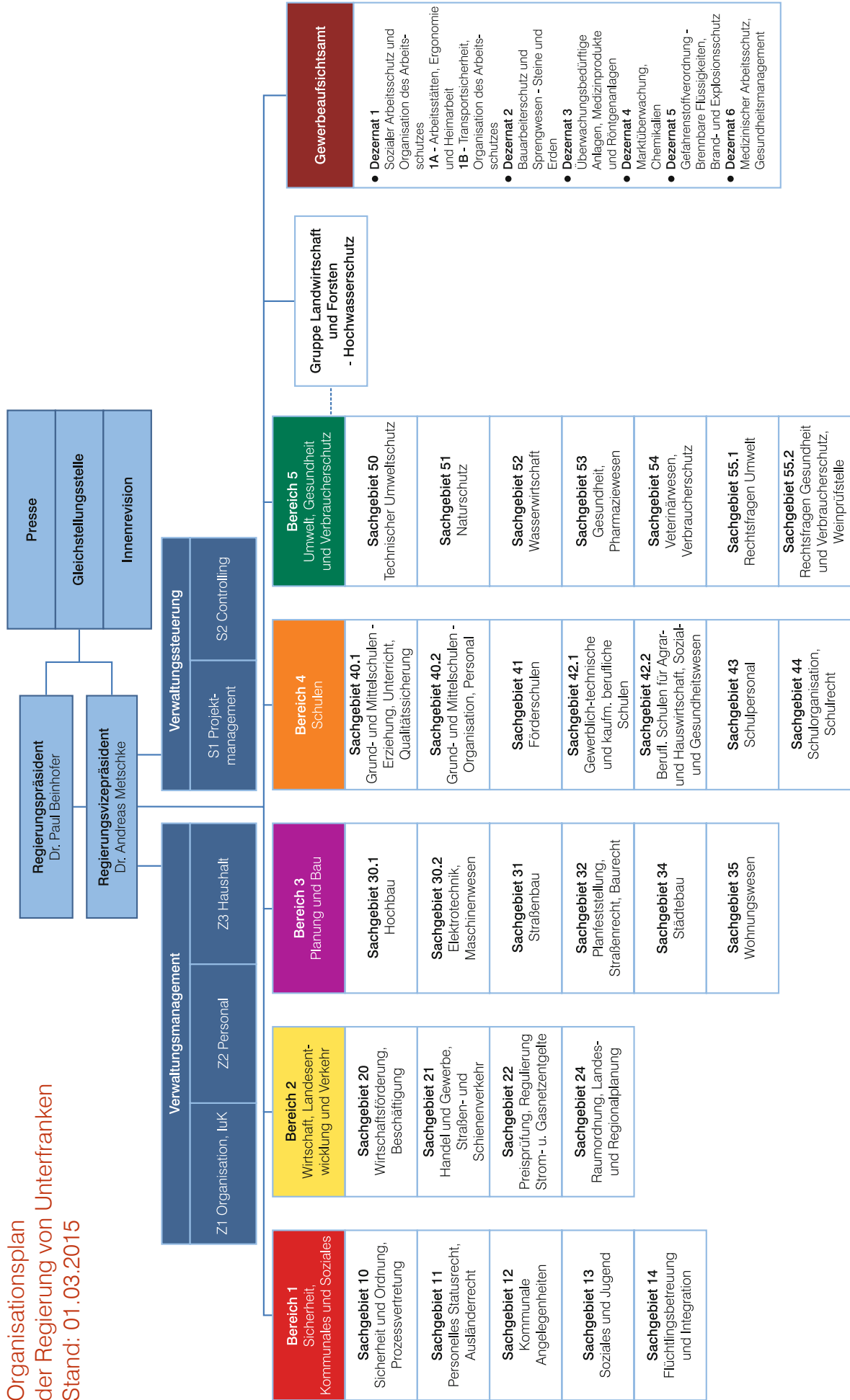
Bei Einhaltung der Anforderungen und Schutzmaßnahmen kann die Lachgassedierung durchaus eine Methode der Wahl für Angstpatienten sein.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1848

E-Mail: dezernat3@reg-ufr.bayern.de

Organisationsplan der Regierung von Unterfranken Stand: 01.03.2015



Impressum

Herausgeber: Regierung von Unterfranken
Peterplatz 9
97070 Würzburg
Telefon: 0931/380-00
Fax: 0931/380-2222
E-Mail: poststelle@reg-ufr.bayern.de
Internet: <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de>

Redaktion: Johannes Hardenacke, Christian Clauß
Pressestelle

Satz und Layout: Günther Wendorff, IuK-Bereich
Bilder: Regierung von Unterfranken, soweit nicht
anders vermerkt

© Regierung von Unterfranken, alle Rechte vorbehalten



Jahresblick 2014

Pompejanum, Stadt Aschaffenburg,
Foto: Stadtmarketing Aschaffenburg

Tanzpaar aus Oberelsbach, Blatt 16v im Trachtenbüchlein
von Peter Back (1817)

Stadt Ochsenfurt (Hauptstraße), Landkreis Würzburg

Brunnenhalle als Teil der Wandelhalle im
bayerischen Staatsbad Bad Kissingen

Zentrale Gebührenabrechnungsstelle für Asylbewerber
und Aussiedler, Mellrichstadt, Landkreis Rhön-Grabfeld

Steigerwald-Zentrum (Ausstellungshalle), Oberschwarzach-
Handthal, Landkreis Schweinfurt, Foto: Katrin Heyer

Regierung von Unterfranken



Aschaffenburg

Bad Neustadt

Bad Kissingen

Haßfurt

Schweinfurt

Karlstadt

Würzburg

Kitzingen

Miltenberg